



Magazin

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung – Landesverband Baden-Württemberg

März 2023
E 4508

Themen

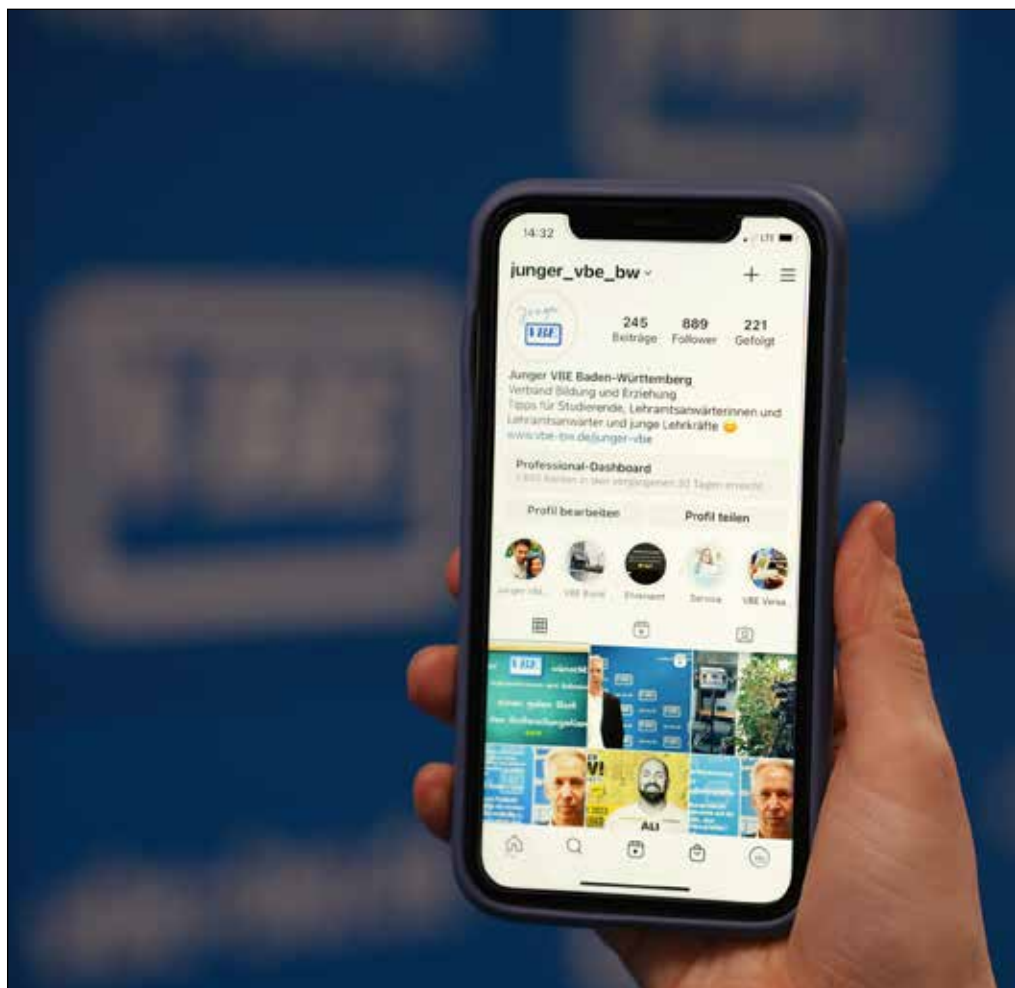
- Dr. Stefan Fulst-Blei zur Digitalisierung an unseren Schulen
- Achtung Zuzahlungen. Beihilfe
- Bevor etwas passiert! Prävention von Extremismus
- Ein längst überfälliger Schritt für eine Neuausrichtung. Prof. Dr. Havva Engin
- Klartext: Strohalm oder Camouflage?
- Beyer hilft weiter
- Erste Hilfe im Schulalltag: Verbandbuch
- Wundine on wheels
- Aus den Referaten:
 - Außerschulischer Bereich
 - Gemeinschaftsschule
 - Junger VBE
 - Senioren
 - Kindertageseinrichtungen

3



Kein Neuland sondern bewährte Kommunikationskanäle – Der VBE in den sozialen Medien

Mehr zum Thema auf den Seiten 14–15



Herausgeber:

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Baden-Württemberg
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Telefon 0711 / 2 29 31 46
Telefax 0711 / 22 93 14 79
E-Mail: vbe@vbe-bw.de
Internet: <https://www.vbe-bw.de>

Vorsitzender:

Gerhard Brand
Hofberg 33, 71540 Murrhardt
Telefon geschäftlich: 0711 / 2 29 31 46
E-Mail: gerhard.brand@vbe-bw.de

Geschäftsführung:

Ines Walter
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Telefon 0711 / 2 29 31 46
Telefax 0711 / 22 93 14 79
E-Mail: vbe@vbe-bw.de
Internet: <https://www.vbe-bw.de>

Redaktion/Layout/Herstellung:

SPMedien, Susanne Preget
Hofberg 33, 71540 Murrhardt
E-Mail: vbe.magazin@vbe-bw.de

Anzeigenwerbung:

Wilke Mediengruppe GmbH
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
Telefon 0 23 85 / 4 62 90-0
Telefax 0 23 85 / 4 62 90-90
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

Mitgliederservice:

Telefon 0711 / 2 29 31 46
E-Mail: vbe@vbe-bw.de

Rechnungsstelle:

Alexandra Vock
Kaiserstuhlring 58, 68239 Mannheim
E-Mail: alexandra.vock@vbe-bw.de

Druck:

Wilke Mediengruppe GmbH
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

Redaktionsschluss:

Magazin 4-2023: 4. März 2023
Magazin 5-2023: 7. April 2023
Das VBE-Magazin erscheint 10-mal jährlich (dabei zwei Doppelnummern). Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder bestellen über die Landesgeschäftsstelle, Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart. Einzelheft 2,00 €, zuzüglich Versandgebühr, Jahresabonnement: 20,00 €. Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden. Gezeichnete Beiträge sind nicht unbedingt mit der Meinung des Verbandes identisch. Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder teilweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion, die gerne erteilt wird, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers, bei Zusendung eines Belegexemplares gestattet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der Vorlage einverstanden. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher bleibt vorbehalten.

Fotos: Seite 4: Yeti Studio; Seite 5: Fokussiert; Seite 6: Jelena; Seite 12: Feodora; Seite 16: Wolfilser; Seite 18: pathdoc; Seite 22: Oleg Kovalevich; Seite 26: Simple Line; Seite 32: Robert Kneschke; Seite 43: woodapple; MQ-Illustrations; Nataliia – alle AdobeStock
ISSN 0942-4628

Editorial

Von Leierspielerinnen und Traumtänzern



Gerhard Brand

Die Drehleier bezeichnet ein mittelalterliches Streichinstrument aus der Klasse der Lauteninstrumente mit einem sehr eingeschränkten Ton- und Artikulationsumfang. Das traditionelle Instrument hat einen besonderen Trick: Ein Mechanismus streicht die Saiten mit einem eingebauten Rad an, das die Spielerin oder der Spieler mittels einer Kurbel dreht. Aufgrund dieser einfachen Bedienbarkeit hat die Leier eine beachtliche Karriere hingelegt: Zu allen Zeiten war sie ein beliebtes Instrument der Populärmusik und kommt bis heute in den verschiedensten musikalischen Gattungen zum Einsatz.

Die Leier hat noch eine zweite, etymologische Karriere hingelegt. So bezeichnet der Ausdruck „die alte Leier“ eine vielfach wiederholte und längst bekannte Äußerung. In diesem Sinne besonders begabte Saitenraddreherinnen und Leierspieler tummeln sich im Feld der Bildungspolitik. Immer wenn den politischen Akteuren zum stetig wachsenden Mangel an pädagogischem Fachpersonal nichts mehr einfällt, spielen sie dieselbe alte Leier: Soll das Bestandspersonal doch mehr arbeiten!

Zuletzt hat die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) im Auftrag der Kultusministerkonferenz wieder kräftig am Leierkasten gedreht. Um die Tausenden von fehlenden Lehrkräften zu kompensieren, hat sie eine Liste mit Vorschlägen vorgelegt: Anpassung des Ruhestandseintritts, Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung, Abordnung von Lehrkräften und der flexiblere Einsatz von Lehrkräften etwa durch Hybridunterricht. Allen Kolleginnen und Kollegen, die seit Monaten und Jahren bis an die Grenzen der Belastbarkeit arbeiten, wird mit dieser Liste jede Hoffnung auf Besserung geraubt. Mit den empfohlenen Maßnahmen versuchen die politisch Verantwortlichen, ihr eigenes Versagen auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer

auszutragen. Es ist ein Offenbarungseid der Bildungspolitik. Eine löbliche Ausnahme immerhin bildet unsere Kultusministerin, die sich den Vorschlägen der SWK bis dato entgegenstellt.

Ungeachtet des Lobes sehen wir jene Vorschläge besonders kritisch, die in die individuelle Entscheidungsfreiheit eingreifen. Wenn die Politik etwa die Hürden, um in Teilzeit arbeiten zu können, deutlich erhöhen will, zeigt sich ihre ganze Hilflosigkeit. Auch außerhalb von Phasen, in denen man Angehörige pflegt oder selbst aufgrund von Krankheit nicht voll funktionsfähig ist, gibt es gute Gründe nicht mit einem vollen Stundendeputat zu arbeiten. Allen voran die Arbeitsbelastung. Wer die Kolleginnen und Kollegen nun dennoch dazu zwingen will, Vollzeit zu arbeiten, darf sich hinterher nicht wundern, von einer beispiellosen Krankheitswelle und noch mehr Ausfällen eingeholt zu werden.

Erstaunlich ist auch die Ambivalenz der Empfehlungen. Da betont die Kommission in ihrem Gutachten einerseits die entscheidende Rolle der Lehrkraft, empfiehlt jedoch andererseits, Hybridunterricht einzuführen. Den größten Personalmangel haben wir an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und Grundschulen. Es ist ein Irrglaube, hier die Beziehungsebene zur Lehrkraft durch eine Leinwand ersetzen zu können. Es ist ebenso ein Irrglaube, dass die Schülerinnen und Schüler ohne Anwesenheit der Lehrkraft brav auf ihren Stühlen sitzen und auf Beschulung warten. Das ist eine Vorstellung aus dem Märchenland der Bildungsromantik und schlichte Traumtänzeri.

Es grüßt Sie herzlichst,

Ihr *Gerhard Brand*

Landesvorsitzender

Digitalisierung an unseren Schulen: Herausforderung und Fortschritt

Die Herausforderungen an den Schulen sind vielfältig. Das belegen nicht nur zahlreiche Umfragen unter Lehrkräften und Schulleitungen, sondern auch diverse Bildungsstudien der vergangenen Monate. Neben dem Lehrkräftemangel oder auch den immer noch spürbaren Folgen der Corona-Pandemie, bestimmen dabei auch Themen wie die Unterstützung durch pädagogische Assistenzen oder die digitale Ausstattung der Schulen die Diskussion. Letztgenanntes ist vor allem mit Blick auf die künftige Weiterentwicklung und den Fortschritt in der Unterrichtsgestaltung von besonderer Bedeutung.

Die digitale Bildung, die sowohl das Lernen als auch das Lehren mit und über digitale Medien bezeichnet, spielt in der Unterrichtskonzeption an vielen Schulen bereits eine wichtige Rolle. Der Einsatz digitaler Medien hat vielfältige Vorteile und trägt einer allgemeinen Entwicklung Rechnung. Um die vielfältigen Möglichkeiten nutzen zu können, müssen allerdings die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Hierfür müssen Schulen, Kommunen, das Land sowie der Bund gemeinsam an einem Strang ziehen. Benötigt werden gute pädagogische Konzepte, fachkundige Lehrkräfte und gleichzeitig der Ausbau der technischen Infrastruktur. Zudem müssen schulartspezifische Standards für eine digitale Grundausstattung der Schulen definiert werden.

Allen voran die Einrichtung einer funktionierenden Bildungsplattform sollte derzeit auf der Prioritätenliste der Landesregierung ganz oben stehen. Nach dem Desaster um das Projekt „Ella“ startet nun mit der Umsetzung von „dPhoenix“ ein weiterer



Dr. Stefan Fulst-Blei, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag BW

Versuch. Dieser muss eng und mit einer umfassenden Evaluation begleitet werden, damit Rückmeldungen der Lehrkräfte sowie der Schülerinnen und Schüler zeitnah aufgenommen werden können. Vor allem mit Blick auf die Barrierefreiheit der Bildungsplattform sehen wir noch einiges an Nachholbedarf. Die Anforderungen an eine barrierefreie Nutzung der Bildungsplattform müssen von Anfang an mitgedacht werden und sich in der weiteren Ausgestaltung wiederfinden. Ein Risiko liegt auch in der Frage der Skalierbarkeit. Hier darf sich das Land kein erneutes Scheitern erlauben.

Weiter brauchen wir endlich IT-Fachkräfte an allen Schulen. Infolge der Corona-Pandemie hat die Digitalisierung an den Schulen einen deutlichen Schub erhalten. Zahlreiche iPads wurden sowohl an Lehrkräfte als auch an Schülerinnen und Schüler ausgegeben. Der Aufwand der Wartung ist dadurch enorm gestiegen. Infolge dessen ist das Modell, dass eine Lehrkraft mit wenigen Anrechnungsstunden die IT einer ganzen Schule betreut, längst überholt. Um die Betreuung der angeschaff-

ten digitalen Endgeräte an den Schulen vornehmen zu können, sollte es daher für jede Schule eine IT-Fachkraft geben, die dies professionell und ohne Zusatzbelastung für die Lehrkräfte oder Eltern erledigen kann. Wo diese Stelle angesiedelt sein wird, ob an der Schule selbst oder bei der Kommune, wird von den Gegebenheiten vor Ort abhängen.

Auf dem Weg in die digitale Zukunft gilt es auch, an den Schulen nachhaltige digitale Entwicklungsprozesse anzuregen. Mit Blick auf heutige und zukünftige Anforderungen ist es daher notwendig, die digitale Lebenswelt in den Unterrichtsallday der Schülerinnen und Schüler zu implementieren. Deshalb zählt die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die digitale Welt schon heute zu einer zentralen Aufgabe des Unterrichts und ist ein Auftrag an alle Schulen.

Für eine gelingende Umsetzung müssen dabei alle am Schulleben beteiligten Personen einbezogen werden. Insbesondere die digitalen Kompetenzen der Lehrkräfte spielen bei der Übermittlung digitaler Bildung an die Schülerinnen und Schüler eine entscheidende Rolle. Umso wichtiger ist es daher, dass die Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Endgeräten und der digitalen Lebenswelt geschult werden. Dazu braucht es sowohl Angebote während des Studiums, als auch im Berufsalltag in Form von Fort- und Weiterbildungen. Sichergestellt werden muss so auch, dass die Möglichkeiten digitaler Unterrichtsangebote nicht in zu großem Maße zwischen den Schularten, den Schulträgern oder den Schulen selbst variieren. Das Ziel muss sein, an allen Schulen die Chancen digitaler Bildung gleichwertig und erfolgreich zu nutzen.

Schließlich: Der digitale Fortschritt an unseren Schulen ist mit finanziellen Kosten verbunden. An diesen muss sich das Land in ausreichender Form beteiligen. Deshalb brauchen wir zeitnah eine Vereinbarung des Landes mit den Schulträgern und Kommunen zur Finanzierung der Verwaltung und Wartung der digitalen Geräte.

Dr. Stefan Fulst-Blei

VBE erteilt SWK-Empfehlungen zum Umgang mit Lehrkräftemangel klare Absage

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) hat heute ihre Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel vorgelegt. Der VBE-Landesvorsitzende Gerhard Brand kritisiert die empfohlenen Maßnahmen scharf: „Wenn den Verantwortlichen sonst nichts mehr einfällt, dann ist das der Offenbarungseid der Bildungspolitik“. „Mit diesen Maßnahmen wird das Versagen der Politik auf dem Rücken der Lehrkräfte ausgetragen. Allen Lehrerinnen und Lehrern, die seit Monaten und Jahren bis an die Grenzen der Belastbarkeit und darüber hinaus arbeiten, wird jede Hoffnung auf Besserung geraubt. Größere Klassen, mehr und länger unterrichten, an andere Orte abgeordnet werden: So stellt die KMK sich die Lösung des Lehrkräftemangels vor. Dem erteilen wir eine klare Absage!“, so der VBE-Chef.



Besonders kritisch sieht Brand die Vorschläge, die in die individuelle Entscheidungsfreiheit der Lehrkräfte eingreifen: „Wenn die Hürden, um in Teilzeit arbeiten zu können, deutlich erhöht werden, zeigt sich die absolute Hilflosigkeit der Institutionen. Auch außerhalb von Phasen, in denen man Angehörige pflegt oder selbst aufgrund von Krankheit nicht voll leistungsfähig ist, gibt es genügend Gründe, nicht mit vollem Stundendeputat zu arbeiten. Allem voran ist es die enorme Arbeitsbelastung, welche dazu führt, nicht in Vollzeit arbeiten gehen zu können. Werden Menschen nun dazu gezwungen, müssen wir damit rechnen, dass wir aufgrund von Überforderung in eine beispiellose Krankheitswelle steuern werden, die den Zustand nur verschlimmern wird.“

kraft brav auf ihren Stühlen sitzen und auf Beschulung warten. Das ist Traumtänzerie und eine Vorstellung aus dem Märchenland der Bildungsromantik.“

Die SWK legt zwar auch Maßnahmen zur Entlastung vor, aber der VBE-Landesvorsitzende äußert sich skeptisch, inwieweit diese umgesetzt werden: „Wenn man wollte, gäbe es längst Entlastung. Aber wir wissen, wie es in der Realität läuft: Die Belastungen für Lehrkräfte werden hingenommen, die Entlastungen können nicht umgesetzt werden. Statt das Berufsfeld endlich attraktiver zu gestalten, werden die Bedingungen zulasten der Beschäftigten verändert.“

Brands Fazit zu den Maßnahmen:

„Die Politik muss sich entscheiden: Soll der Lehrkräftemangel ernsthaft angegangen werden? Dann braucht es eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Möglichkeit, an Fortbildungen teilzunehmen und eine spürbare Entlastung von Verwaltungsaufgaben. Oder die Politik setzt weiter auf das Kaschieren ihrer Fehlleistungen, indem die sowieso schon am Limit gehenden Kollegien jetzt auch noch mehr und länger arbeiten gehen sollen. Das wird wie ein Katalysator für eine weitere Verschlechterung der Personaldecke sorgen.“

VBE-Pressedienst vom 27. Januar 2023

www.vbe-bw.de



Weitere aktuelle
Pressemeldungen finden
Sie auf unserer Homepage



„Nie wieder!“ – Präventionsarbeit gegen Antisemitismus stärken

Anlässlich des „Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ am 27. Januar 2023 erinnert der Verband Bildung und Erziehung (VBE) an die unzähligen Opfer der menschenverachtenden Verbrechen des Nationalsozialismus und mahnt, Präventionsarbeit gegen Antisemitismus in den Schulen und der Gesellschaft insgesamt stärker in den Fokus zu nehmen.

Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE: „Wir leben in einer Zeit, die von sich überlagernden Krisen geprägt ist und das gesellschaftliche Miteinander auf eine harte Probe stellt. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass insbesondere Epochen wie diese ein Nährboden für Verschwörungstheorien und menschenfeindliche Narrative darstellen. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass rechte Gruppierungen Unsicherheiten

und Angst in unserer Gesellschaft schüren und antisemitische Ressentiments verbreiten. Jede Demokrat*in und jeder Demokrat*in steht in der Verantwortung, die Erinnerung an die unaussprechlichen Verbrechen des Nationalsozialismus zu bewahren und sich jeder Form von Antisemitismus entschieden entgegenzustellen. Nur so können wir unserer historischen Verantwortung nachkommen und sicherstellen, dass Geschichte sich nicht wiederholt.“

Mit besorgtem Blick registriert der VBE das Erstarken rechter und rechtsextremer Strömungen sowie antisemitischer Verschwörungsnarrative, beispielsweise im Zuge der Anti-Corona-Proteste. Der VBE fordert die Politik dazu auf, verstärkt in die Präventionsarbeit gegen Antisemitismus zu investieren. Gleichzeitig erfordert die schwin-

dende Zahl verbliebener Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, deren Berichte uns eine lebendige Mahnung sind, neue Wege des Erinnerns.

Der VBE warnt, dass die zunehmende Bildungskrise, insbesondere der dramatische Mangel an Lehrkräften und die damit verbundene Überlastung der Lehrkräfte, die Konzeption und angemessene Durchführung wichtiger Aufklärungs- und Präventionsangebote gegen Antisemitismus in Schulen erheblich erschwert.

Vertreterinnen und Vertreter des VBE werden an der zentralen Gedenkveranstaltung zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 2023 teilnehmen.

VBE-Pressedienst vom 26. Januar 2023

Ganztags: VBE fordert mehr Flexibilität für Schulen

Der Präsident des Gemeindetags, Steffen Jäger, sieht die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen ab 2026 weiterhin kritisch und hat erneut eine Rücknahme ins Spiel gebracht. Der VBE-Landesvorsitzende Gerhard Brand teilt die Bedenken und fordert mehr Transparenz und Flexibilität bei der Umsetzung von Ganztagesangeboten.

„Die Politik muss sich beim Ganztags ehrlich machen. Sie muss sagen, ob und wie der Rechtsanspruch noch umgesetzt werden kann. Es nützt nichts, in dieser Frage weiter auf Zeit zu spielen, die Schulen brauchen einen realistischen Fahrplan. Vor dem Hintergrund des akuten Personalmangels und den immer dringenderen Hilferufen seitens der Kommunen sehen wir nicht, wie der Rechtsanspruch beginnend ab 2026 noch einzulösen ist“, erklärt der VBE-Vorsitzende.



Damit einhergehend fordert Brand mehr Flexibilität für die Schulen bei der Umsetzung und Einführung von Ganztagesangeboten: „Nicht jede Schule muss sich zwingend zu einer Ganztagschule entwickeln. Ganztags sollte nicht von oben verpflichtend verordnet werden, sondern muss abhängig sein vom jeweiligen Bedarf und von der Entscheidung der schulischen Gremien vor Ort.“

Hintergrund

Fachkräftemangel und leere Kassen lassen Städte und Gemeinden immer stärker an der Umsetzung des verbindlichen Ganztags an Grundschulen zweifeln. Im Interview mit der Stuttgarter Zeitung be-

richtete der Präsident des Gemeindetags, Steffen Jäger, von der teils dramatischen Lage der Kommunen. Diese könnten mit den derzeitigen Haushaltsmitteln kaum noch ihre Pflichtaufgaben erfüllen, geschweige denn zusätzliches Personal für den Ganztags mobilisieren. „Den Rechtsanspruch stellen wir in seiner Realisierbarkeit infrage“, so Jäger wörtlich.

Bund und Länder hatten 2021 einen grundsätzlichen Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung in der Grundschule beschlossen. Der Rechtsanspruch greift in der ersten Klasse ab dem Schuljahr 2026/2027 und ab 2029/2030 in allen Klassen.

VBE-Pressedienst vom 24. Januar 2023

Achtung Zuzahlungen!



Bevor der Krankenhaus-aufenthalt zur Kostenfalle wird, steht die Frage: Wie viel zahlt die Beihilfe bei Behandlungen in einer „Privatklinik“?

Im Zusammenhang mit stationären Behandlungen in einer „Privatklinik“ stellt sich immer wieder die Frage, in welcher Höhe die dort entstehenden Kosten von der Beihilfe übernommen werden. Der nachfolgende Beitrag will diese Frage beantworten. Da unserem Verband in jüngerer Zeit einige Fälle bekannt geworden sind, in denen sich unsere Mitglieder – teils verzweifelt – an unsere Landesgeschäftsstelle gewandt hatten, weil sie nach erfolgter Behandlung in Privatkliniken infolge der diesbezüglich geltenden Beihilfavorschriften mit Selbstbehalten von bis zu einigen tausend Euro belastet wurden, sehen wir uns veranlasst, auf die bei einer Behandlung in einer Privatklinik anzuwendende Beihilfavorschrift nachdrücklich hinzuweisen.

Wann hat ein Krankenhaus den Status einer „Privatklinik“ nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 BVO?

Es handelt sich hierbei um Krankenhäuser, die für gesetzlich krankenversicherte Personen keine Zulassung nach § 108 Sozialgesetzbuch V (SGB V) und auch keine Versorgungsverträge mit gesetzlichen Krankenkassen abgeschlossen haben. „Zulassung“ bedeutet in diesem Zusammenhang die Zulassung zur Behandlung gesetzlich krankenversicherter Personen. Diese Krankenhäuser haben in der Regel lediglich eine Konzession nach § 30 Gewerbeordnung zum Betrieb ihrer Einrichtung erhalten. Öffentliche Krankenhäuser dagegen sind die im Krankenhausplan eines Landes aufgenommenen Krankenhäuser (zum Beispiel Kreiskrankenhäuser oder städtische Kliniken) sowie Hochschulkliniken und Krankenhäuser, die einen Versorgungsvertrag mit den Krankenkassen oder Ersatzkassen geschlossen haben; es sind für die Versorgung von gesetzlich krankenversicherten Personen „zugelassene“ Krankenhäuser. Ist eine stationäre Behandlung in solchen zugelassenen Krankenhäusern erforderlich, so ist hierfür keine besonderes Anerkennungsverfahren oder Ähnliches erforderlich.

Die beihilferechtliche Anerkennung einer Behandlung in nicht zugelassenen Krankenhäusern (im Weiteren vereinfacht „Privatkliniken“ genannt) ist an bestimmte Voraussetzungen gebunden und bezüglich der Höhe der beihilfefähigen Kosten in der Regel deutlich begrenzt. In Zweifelsfällen, ob es sich um ein zugelassenes Krankenhaus oder um eine Privatklinik im Sinne des § 7 Abs. 1 Nr. 1 BVO handelt, können Sie sich an das für Sie zuständige Arbeitsgebiet der Beihilfestelle beim LBV wenden und die Zweckbestimmung der in Frage kommenden Klinik („Privatklinik“ oder „zugelassenes Krankenhaus“) klären lassen.

Welche Voraussetzungen müssen für die Beihilfefähigkeit der Kosten bei einer Behandlung in einer Privatklinik erfüllt sein?

Es ist die Bestätigung eines Arztes erforderlich, wonach die Behandlung medizinisch notwendig ist. Aus der Bestätigung muss der Name und der Sitz der Klinik und die notwendige Dauer der Behandlung erkennbar sein und festgestellt werden, dass eine ambulante Behandlung nicht ausreichend sein würde. Diese Bestätigung darf nicht von einem Arzt der Privatklinik ausgestellt sein, in der die stationäre Behandlung durchgeführt werden soll. Ab einer Dauer von 30 Tagen ist eine vorherige Anerkennung der Behandlung durch die Beihilfestelle notwendig.

Welche Aufwendungen sind bei einer stationären Behandlung in einer Privatklinik beihilfefähig?

Die in einer Privatklinik entstandenen Aufwendungen sind wie folgt beihilfefähig:

• Allgemeine Krankenhausleistungen

Indikationen, die mit einer so genannten DRG-Fallpauschale nach dem Krankenhausentgeltgesetz (KHEntG) abgerechnet werden können, sind auf den Wert begrenzt, der sich aus der DRG-Fallpauschale ergibt, wenn die obere Grenze des so genannten Bundesbasisfallwertkorridors angewendet wird.

Sind sonstige Kosten, die aus Anlass eines stationären Aufenthalts in einer Privatklinik entstehen können, beihilfefähig?

Beispiel: Die obere Korridorgrenze beträgt für das Jahr 2022 einheitlich 3.928,89 Euro. Die Bewertungsrelation in der Hauptabteilung der DRG I44C beträgt 1.770; somit ergibt sich für das Jahr 2022 eine beihilfefähige Fallpauschale in Höhe von 6.945,14 Euro ($1.770 \times 3.928,89$ Euro). Daneben sind Pflegepersonalkostenvergütungen pro Tag des Aufenthalts als separate Zuschläge berücksichtigungsfähig (Aufnahme- und Entlassungstag zählen hierbei als ein Tag). Die Pflegepersonalkostenvergütung wird aus der Bewertungsrelation des Pflegeerlöskatalogs der jeweiligen Fallpauschale, multipliziert mit dem Faktor 163,09 Euro ermittelt. Bei der o.g. DRG-Fallpauschale I44C beträgt die Pflegepersonalkostenvergütung pro Tag 116,95 Euro.

In allen anderen Fällen, in denen das System der DRG-Fallpauschalen nicht angewendet wird (in der Regel handelt es sich um psychosomatische und psychotherapeutische Kliniken), sind die Aufwendungen auf folgende Höchstsätze pro Tag begrenzt:

a) Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben:

- bei vollstationärer Behandlung 293,80 €
- bei teilstationärer Behandlung 225,60 €

b) Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben:

- bei vollstationärer Behandlung 462,80 €
- bei teilstationärer Behandlung 345,80 €

• Wahlleistungen

Aufwendungen für wahlärztliche Leistungen und für die Wahlleistung Unterkunft können nur dann berücksichtigt werden, wenn der Beihilfebeitrag nach § 6a Abs. 2 BVO in Höhe von 22,00 Euro monatlich geleistet wird.

Gesondert berechnete Wahlleistungen für die Unterkunft sind nur dann beihilfefähig, wenn es sich um eine tatsächliche Wahlleistung der Privatklinik handelt, die gesondert schriftlich mit dem Patienten vereinbart wurde. Das Zweibettzimmer darf also keine Regelleistung sein. Pro abrechnungsfähigen Tag ist ein Betrag bis zur Höhe von 1,5 Prozent der oberen Grenze des so genannten Bundesbasisfallwertkorridors beihilfefähig. Für das Jahr 2022 beträgt der beihilfefähige Zweibettzimmerzuschlag pro Tag 57,63 Euro.

Gesondert berechnete wahlärztliche Leistungen sind beihilfefähig, wenn es sich um eine tatsächliche Wahlleistung handelt, eine gesonderte schriftliche Vereinbarung mit dem Patienten erfolgt ist und diese Wahlleistungsvereinbarung bei Geltendmachung der Aufwendungen der Beihilfestelle vorgelegt wird.

• Notfallbehandlung

Im Rahmen einer Notfallbehandlung entstandene und dem Grunde nach beihilfefähige Aufwendungen sind beihilfefähig, wenn die notfallmäßige Aufnahme in einem zugelassenen Krankenhaus nicht möglich war. Eine Notfallbehandlung endet dann, wenn der Patient wieder transportfähig ist. Ab dem Zeitpunkt der Transportfähigkeit würden bei einem etwaigen Verbleiben in der Privatklinik die vorstehend unter „Allgemeine Krankenhausleistungen“ genannten Höchstbeträge gelten.

Begleitperson

Ist die Unterbringung einer Begleitperson in der Privatklinik aus medizinischen Gründen erforderlich, so ist hierfür ein Zuschlag in Höhe bis zu 45,00 Euro pro Berechnungstag beihilfefähig. Über die medizinische Notwendigkeit entscheidet der behandelnde Krankenhausarzt. Sofern kein medizinischer Grund für eine Begleitung vorliegt, sind die Kosten im Sinne des Beihilferechts medizinisch nicht notwendig und somit nicht beihilfefähig.

Die Kosten für eine Unterbringung einer Begleitperson außerhalb der Privatklinik sind regelmäßig nicht beihilfefähig. Nur in Fällen, in denen aufgrund des Alters eines Kindes und seiner eine stationäre Langzeittherapie erfordernden schweren Erkrankung durch ein fachärztliches Attest festgestellt wird, dass eine Begleitperson medizinisch notwendig ist, sind die Kosten für eine Unterbringung der Begleitperson außerhalb der Klinik im Rahmen der Vergleichsberechnung bis zu 30,00 Euro pro Berechnungstag beihilfefähig.

Fahrkosten

Als Fahrkosten werden die Kosten der niedrigsten Klasse regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel sowie Aufwendungen für die Gepäckbeförderung berücksichtigt. Wird ein privater PKW benutzt, sind pro Kilometer 0,30 Euro (bis 31.12.2021: 0,25 Euro) beihilfefähig. Erfolgt die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, privatem PKW oder Taxi zur Behandlung am Wohnort, am Behandlungsort oder am Aufenthaltsort und in deren Nahbereich bis 30 Kilometer (bei einfachen Entfer-

nungen) können die Fahrkosten nicht erstattet werden. Dies gilt nicht:

- wenn laut Schwerbehindertenausweis eine Schwerbehinderung mit den Merkzeichen „aG“ (außergewöhnliche Gehbehinderung), „Bl“ (blind) oder „H“ (hilflos) vorliegt oder
- wenn ein Pflegegrad 3, 4 oder 5 vorliegt oder
- bei Fahrten aufgrund einer Dialysebehandlung, onkologischer Strahlen- und Chemotherapie oder
- bei Behandlungen, bei denen eine Grunderkrankung nach einem vorgegebenen Therapieschema behandelt wird, das eine vergleichbar hohe Behandlungsfrequenz über einen längeren Zeitraum aufweist.

Neben den vorgenannten Ausnahmen sind innerhalb des 30-Kilometer-Bereichs ausschließlich ärztlich verordnete Krankentransporte, die mit einem Krankenwagen durchgeführt werden, beihilfefähig. Nicht beihilfefähig sind die Kosten von Fahrten zu einem anderen als dem nächstgelegenen Ort, an dem eine geeignete Behandlung objektiv möglich ist und zurück oder für den Rücktransport wegen Erkrankung während einer Urlaubs- oder anderen Reise oder für Besuchsfahrten der Mutter zur Versorgung ihres in einer Klinik untergebrachten Säuglings mit Muttermilch.

Sonstiges

Nicht beihilfefähig sind neben den Einzelzimmerzuschlägen auch Gebühren für Telefon oder Fernsehgeräte u. ä.

Wann besteht ein Anspruch auf Tagegeld nach § 15 Abs. 4 BVO?

Wenn Sie sich den Anspruch auf eine Beihilfegewährung zu den Aufwendungen für Wahlleistungen im Krankenhaus durch Zahlung des Beihilfebeitrags von monatlich 22,00 Euro gesichert haben, jedoch die gesondert berechneten Wahlleistungen nicht in Anspruch nehmen, wird auch bei Privatkliniken ein so genanntes Krankenhaustagegeld gewährt.

Das Krankenhaustagegeld beträgt

- bei Verzicht auf die Wahlleistung Unterkunft (zum Beispiel Zweibettzimmer): 11 Euro und
- bei Verzicht auf wahlärztliche Leistungen (Chefarztbehandlung) 22 Euro pro Pflegesatztag.

Voraussetzung ist allerdings, dass das Krankenhaus die Wahlleistung anbietet. Dies ist zum Beispiel nicht der Fall, wenn die Klinik nur über Zweibettzimmer verfügt und es sich somit um eine Regelleistung handelt. In diesem Fall besteht keine Wahlmöglichkeit bei der Unterkunft, so dass in einem solchen Fall ein Anspruch auf Krankenhaustagegeld von 11 Euro pro Pflegesatztag nicht besteht. Das Krankenhaustagegeld können Sie unter der Nr. 4 auf Seite 2 des Beihilfeantragsvordrucks (LBV 301) beantragen.

Besteht die Möglichkeit einer Direktabrechnung mit der stationären Einrichtung bzw. dem Rechnungssteller?

Bei einer stationären Krankenhausbehandlung – sowohl in zugelassenen Krankenhäusern als auch in Privatkliniken – kann das LBV als Beihilfestelle die Beihilfe direkt an die stationäre Einrichtung zahlen. Voraussetzung hierfür ist allerdings ein entsprechender Antrag auf Direktabrechnung durch den Beihilfeberechtigten und die Bereitschaft der stationären Einrichtung, direkt mit der Beihilfestelle abzurechnen. Die Beihilfe wird dann direkt von der Beihilfestelle an den Rechnungssteller/die Rechnungsinhaberin überwiesen. Der Beihilfebescheid geht jedoch weiterhin der beihilfeberechtigten Person zu. Durch das Direktabrechnungsverfahren ändert sich lediglich der Auszahlungsweg für die Beihilfe. Am Leistungsumfang der Beihilfe und an der Rechtsbeziehung zwischen dem Beihilfeberechtigten und der Beihilfestelle ändert sich durch das Direktabrechnungsverfahren nichts. Auch das Vertragsverhältnis zwischen Patient/-in und stationärer Einrichtung bleibt hiervon unberührt. Den für die Direktabrechnung benötigten Vordruck LBV 302a – „Antrag auf Beihilfe mit Direktabrechnung bei stationären Krankenhausbehandlungen“ – finden Sie auf der Internetseite des LBV (<https://lbv.landbw.de>) unter „Vordrucke“.

Fazit:

Um Kostenrisiken für sich und Familienangehörige zu vermeiden, ist es ratsam, sorgsam zu überlegen, ob zum Beispiel eine anstehende und noch planbare stationäre Krankenhausbehandlung nicht doch eher in einem erheblich kostengünstigeren zugelassenen Krankenhaus stattfinden sollte. Seitens der Beihilfestelle und der Krankenversicherung nicht erstattete Kostenanteile können einkommensteuerrechtlich als so genannte „Außergewöhnliche Belastungen anderer Art“ geltend gemacht werden. Allerdings ist nur der Kostenanteil steuerwirksam, der nach Abzug des steuerrechtlich zumutbaren Belastungsbetrags verbleibt.

Quelle: LBV-Info 305c2-04/22; überarbeitete und ergänzte Fassung



Kurt Schulz
Dipl. Verwaltungswirt

Deutscher Kitaleitungskongress

 **DKLK
2023**

Gemeinsam die Zukunft Ihrer Kita gestalten –
mit Impulsen von Top-Speakern in zukunfts-
weisenden Vorträgen und Workshops.

Düsseldorf – Stuttgart – Berlin – München
Leipzig – Wiesbaden – Hamburg

SAVE THE DATE
19. und 20. April
in Stuttgart



Die Kitaleitung ein:e Gärtner:in?
Erfolgreiche Teamführung im
KinderGARTEN
Ursula Günster-Schöning



Kinderrechtsbasierter
Kinderschutz
Wie die Kita zu einem sicheren
Ort für Kinder werden kann
Prof. Dr. Jörg Maywald



Tue Gutes und sprich darüber
Öffentlichkeitsarbeit als
Personalakquise
Saskia Franz

Jetzt
Ticket sichern!
20 € Rabatt
für VBE-Mitglieder

Aktionscode:
DKLK2023VBE



- **Sofort anwendbare Lösungen** für Ihren Kita-Alltag
- **Intensiver Austausch** und **wertvolle Networking-Gelegenheiten**
- **Kostenlose Rücktrittsgarantie** bis 12 Wochen vor Kongress

Wunschtermin buchen: www.deutscher-kitaleitungskongress.de

Eine gemeinsame Veranstaltung von

**EDUCATION
EVENTS**

Verband Bildung und Erziehung
VBE

VBE
Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Hessen

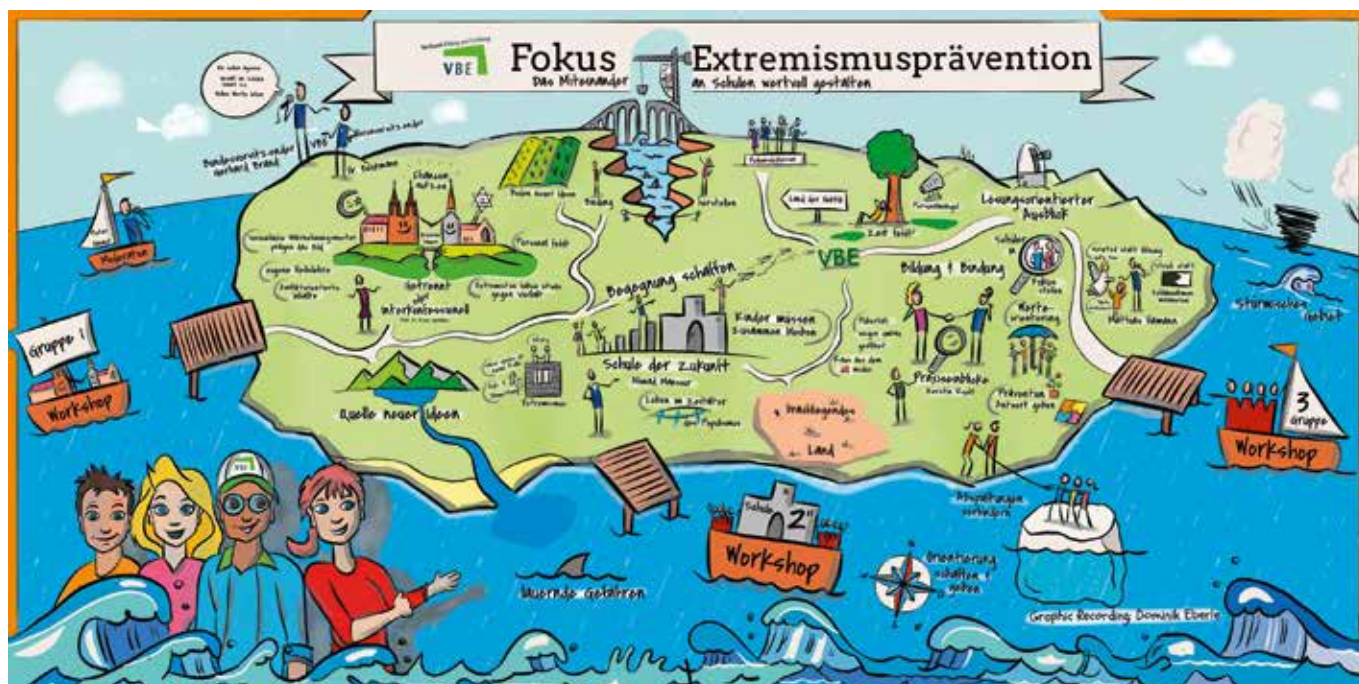
VBE
Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW

VBE
Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Rheinland-Pfalz

BLLV
Stark an Ihrer Seite

Premium-Partner

AOK
AOK Rheinland/Hamburg
Die Gesundheitskasse



Graphic Recorder Dominik Eberle erstellte vom VBE Forum ein illustriertes Protokoll in Form einer Landkarte.

Bevor etwas passiert!

Prävention von Extremismus durch Bindung und Begegnung

Nicht das tausendste World Café sollte es sein, aber eben auch keine Frontalbeschallung. Idee des VBE Forums ist, mit VBE-Mitgliedern und Referierenden aus Wissenschaft, Praxis oder Politik zu einem spezifischen Thema in den Austausch zu kommen – und zwar über den Tellerrand hinaus. Lösungs- und praxisorientierte Ansätze stehen im Zentrum der Impulse und Workshops. Den Rahmen für das Forum bietet die VBE Bundesversammlung, das höchste Entscheidungsgremium des VBE, das nur einmal jährlich tagt und zu dem ca. 70 Delegierte aus ganz Deutschland anreisen. Mitte Dezember fand in Berlin das VBE Forum „Fokus Extremismusprävention: Das Miteinander an Schule wertvoll gestalten“ statt.

Prävention statt Reaktion – Ins Agieren kommen

Impuls für das Thema war eine abscheuliche Tat: die Enthauptung des Lehrers Samuel Paty in Frankreich. Natürlich sei das kein Alltag an Schule, betonte der VBE Bundesvorsitzende Gerhard Brand. Er machte aber mit Verweis auf die repräsentativen Ergebnisse der forsa-Umfragen zum Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“ deutlich, dass die Verrohung der Gesellschaft vor Schule nicht Halt mache. Konflikte unter

Schülerinnen und Schülern habe es immer gegeben, aber: „Wo ‚Du Jude‘ als Schimpfwort genutzt oder Kindern während des Ramadans das Pausenbrot aus der Hand geschlagen wird, müssen wir reagieren! Und eigentlich ist es dann schon zu spät. Wir wollen in die aktive Position kommen. Nicht reagieren, sondern agieren.“

Geladen war geballte Expertise. Eine Islamwissenschaftlerin, ein Psychologe, der selbst extremistischen Versprechungen in die Falle ging, und ein Schulleitungsmitglied vom über die Stadtgrenzen hinaus bekannten Campus Rütli. Eine spannende Mischung von Referierenden, die – moderiert vom Leitenden Redakteur der Frankfurter Rundschau, Peter Hanack – zunächst ihre zentralen Thesen vorstellten, bevor sich die Teilnehmenden entscheiden mussten, zu wessen Workshop sie gehen möchten.

Zwischen Chance und Überforderung

Den Auftakt machte Riem Spielhaus, Professorin für Islamwissenschaften an der Universität Göttingen, mit einer einleuchtenden Kontextualisierung. Sie zeigte, wie in Schulbüchern der Islam besprochen

wird. In der Regel: problemorientiert und (ab)wertend. Der islamische Religionsunterricht bietet hingegen einen Raum, wo Gläubige „unter sich“ sein können mit einer Lehrkraft, die ihrem Glauben gegenüber positiv eingestellt ist. Für viele eine ganz neue Erfahrung. Zudem bietet dies auch die Möglichkeit, die innerreligiöse Vielfalt nachzuzeichnen. Allerdings sind die Erwartungen, die an den islamischen Religionsunterricht gestellt werden, viel zu hoch. Integrativ soll er wirken, bei der Sprachbildung unterstützen, das Religionswissen stärken, extremistischem Gedankengut vorbeugen oder bei der Derradikalisierung helfen und noch vieles mehr. Das überfordere das Fach. Wohl aber kann es im Unterrichtskanon dabei unterstützen, die vorgenannten Ziele zu erreichen – aber nur, wenn eben auch in anderen Fächern (und in positivem Kontext) über Religion gesprochen wird.

Der interkonfessionelle Religionsunterricht bietet ganz eigene Chancen. Mit einer Lehrkraft, die selbst gläubig ist und einen positiven Bezug zu Religion hat, kann ein wertschätzender Austausch über die Verschiedenheit, aber auch die Ähnlichkeit der Religionen etabliert werden. Irritation inklusive.

Gegenmittel zum Postfaktischen finden

Und das ist auch dringend notwendig, sagt Ahmad Mansour, Psychologe und Autor. Aus seiner eigenen Geschichte heraus weiß er, wie schnell man in die Fänge radikalen Denkens geraten kann und wie schwer es ist, sich dort wieder herauszuarbeiten. Was er aber auch weiß: Radikalisierung beginnt nicht unbedingt durch die extreme Auslegung religiöser Schriften. Sie beginnt bei dem Beziehungsaufbau zwischen Imam und Schützlingen, zwischen Zuhören und Dasein, zwischen Angenommenwerden und Angekommensein.

Die Zeit dafür fehlt an der Schule. Die Gesellschaft erwartet ein auf Leistung ausgerichtetes Schulsystem und zeigt wenig Verständnis für Zwischenmenschliches. Erinnern Sie sich allein daran, wie viele Eltern ihrem Unmut Luft machen, wenn vor den Ferien Filme angesehen oder Ausflüge gemacht werden. Wenn dort sowieso nichts Inhaltliches passiert, könnten die Kinder doch auch gleich zu Hause bleiben, heißt es dann. Dass diese Tage vor den Ferien großen Wert für den Klassenzusammenhalt haben und einen Rahmen für die Beziehung zwischen Lehrenden und Lernenden bieten, wird oft außer Acht gelassen.

Dabei ist genau diese Beziehungsebene das Wichtigste im Kampf gegen das postfaktische Zeitalter, so Mansour. Man muss das Gefühl vermitteln können, wahrgenommen zu werden. Er sagt, wir brauchen Dialog und Austausch, Empathiebildung und Begegnung – und nicht zuletzt Gennarrative zu unterkomplexen, fanatischen Erzählungen.

Ohne Bindung keine Bildung

Der Campus Rütli hat sich einen Namen gemacht. Mittlerweile ist er einigen geläufig, weil er von einer grundsoliden Finanzierung getragen wird und auf dem Campus allerlei reformpädagogische Ansätze umgesetzt werden (können). Doch vor wenigen Jahren war er vor allem eines: Durch einen Brandbrief in den Medien bekannt für die Bedrohungslage, die dort herrschte. Kein schöner Ort für gute Beziehungen. Die stellvertretende Schulleiterin, Kerstin Ruoff, zog aber ein positives Fazit ihres Schaffens. Erstens war es enorm wichtig nach den Schulschließungen zur Eindäm-

mung der Infektionen mit dem Corona-Virus neu zu beginnen. In einer „Sozialen Woche“ fand eine Bestandsaufnahme statt, auf deren Basis ein neues Schulprogramm erstellt wurde. Und zweitens unterstrich sie die Bedeutung der Elternarbeit für das Schulklima. Wer Extremismus vorbeugen möchte, braucht eine feste Basis des Vertrauens, auf der Lehrende und Lernende sowie ihre Angehörigen miteinander aufbauen können. Sie gab allen den Ratschlag mit, sich einfach „zu trauen“. Lieber eine Fachstunde ausfallen lassen und in die zwischenmenschliche Ebene investieren als Konflikte im Raum stehen zu lassen, welche die Schülerinnen und Schüler sowieso vom Lernen abhalten würden. Überhaupt ist das die Haupteckdaten: Nur wo Bindung ist, kann Bildung entstehen.

... und was die IQB-Ergebnisse damit zu tun haben

Den Abschluss des Tages bot nach den vertiefenden Workshops eine gemeinsame Diskussion, doch auch nach deren Ende tauschten sich alle beim Mittagessen weiter lebhaft aus. Im Mittelpunkt: Die große Verunsicherung, die nach der Veröffentlichung der IQB-Studie Anfang Dezember 2022 in den Lehrkräftezimmern der Nation entstanden ist. Der Fokus der Politik richtet sich noch weiter auf Leistung, anstatt „nach Corona“ Freiräume zu schaffen, um Bindung und Beziehung zu ermöglichen. Dass so die extra Aufgaben, die an Schule herangetragen werden, wie zum Beispiel Extremismusprävention, erst recht nicht erfüllt werden können, wurde von den Teilnehmenden deutlich herausgearbeitet. Eine Lösung ist noch nicht in Sicht, aber der VBE bleibt am Ball!

Abgerundet wurde das VBE Forum vom Graphic Recorder Dominik Eberle. Er hatte den ganzen Tag über die Impulse und Debattenbeiträge als Schlagworte grafisch aufbereitet und zeigte die so entstandene Landkarte in einem kleinen Video. Dieses können Sie unter www.vbe.de/vbe-fokus/vbe-forum-2022 ansehen. Das VBE Forum zeigte sich damit von seiner besten Seite: Tiefe Einsichten, konstruktive Aussichten, viele Gespräche und abseits des Alltags die Möglichkeit, ganz konkret zu einem Thema unterschiedlichste Ansätze kennenzulernen.

Anne Roewer



Kerstin Ruoff, stellvertretende Schulleiterin des Campus Rütli, referierte zur Bedeutung der Elternarbeit für das Schulklima.



Riem Spielhaus, Professorin für Islamwissenschaften (Universität Göttingen), sprach über Chancen und Herausforderungen des islamischen und des interkonfessionellen Religionsunterrichts.



Laut Psychologe Ahmad Mansour ist die Beziehungsebene das Wichtigste im Kampf gegen das postfaktische Zeitalter. Fotos: Friedhelm Windmüller

Ein längst überfälliger Schritt für eine Neuausrichtung

Einführung eines Herkunftssprachenunterrichts in staatlicher Verantwortung in Baden-Württemberg

Prof. Dr. Havva Engin, PH Heidelberg



Anders als in vielen anderen Bundesländern, werden in Baden-Württemberg die Herkunftssprachen von Schülerinnen und Schülern mit (familiärer) Zuwanderungserfahrung nur im Rahmen des so genannten „Konsultatsunterrichts“ erteilt. Diese Unterrichtsform entstammt aus einer Zeit mit anderen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und wird den gegenwärtigen Lebens- und Lernkontexten der Schüler/-innen in keinsten Weise gerecht.

Bundesweit liegt der Anteil von Grundschul/-innen mit Migrationsgrund bei über 40 Prozent; in Baden-Württemberg beträgt er zwischenzeitlich 49,2 Prozent. Viele Bundesländer haben in den vergangenen Jahren auf diesen Umstand reagiert und etablierten Herkunftssprachenunterricht in staatlicher Verantwortung für eine Reihe von Migrationssprachen, neben dem so genannten „Konsultatsunterricht“. Historisch geht letzteres Modell, der offiziell „Muttersprachlicher Zusatzunterricht“ heißt, auf die 1977 vom Europarat verabschiedete Resolution zur „Schulbildung der Kinder von Wanderarbeitnehmern“ zurück, als deren Ergebnis in den damaligen EG-Ländern ein Unterrichtsangebot für „Gastarbeiter“-Kinder eingerichtet wurde, um die Reintegration dieser Schülergruppe in die heimatischen Bildungssysteme sicherzustellen. Dieses Angebot findet seit 1980 in den meisten Bundesländern in Form des Konsultatsmodells statt, das heißt die inhaltliche und or-

ganisatorische Ausgestaltung liegt in der alleinigen Verantwortung der Herkunftsländer und unterliegt nicht der staatlichen Schulaufsicht. Aktuell wird in den meisten Bundesländern sowohl Muttersprachlicher Zusatzunterricht/„Konsultatsunterricht“ als auch Herkunftssprachenunterricht erteilt. In drei Bundesländern – Brandenburg, Saarland und Rheinland-Pfalz – wird ausschließlich Herkunftssprachenunterricht erteilt. In zwei Bundesländern – Bayern und Baden-Württemberg – wird ausschließlich Muttersprachlicher Zusatzunterricht erteilt. In zwei Bundesländern – Sachsen-Anhalt und Thüringen – existiert kein Angebot für Migrationssprachen.

Gegenwärtig besuchen in Baden-Württemberg ca. 28.000 Schülerinnen und Schüler den „Konsultatsunterricht“. Dieser wird von folgenden konsularischen Vertretungen ausgebracht: Türkei, Italien, Griechenland, Kroatien, Portugal, Spanien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Ungarn, Polen, Tunesien, Mazedonien, Slowenien.

Gründe für ein HSU-Angebot in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg als der Flächenstaat mit dem höchsten Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ist gefordert – analog dem Modell anderer Bundesländer – ebenfalls Herkunftssprachenunterricht in staatlicher Verantwor-

tung anzubieten. Hierfür sprechen, neben der großen Zahl an Schüler/-innen, die hiesigen gesellschaftlichen Kontexte sowie die inhaltlich-personellen Rahmenbedingungen des Konsultatsangebots.

Es ist zwischenzeitlich unstrittig, dass Migrationsdiversität eine gesellschaftliche Grundkonstante darstellt und politisch nicht infrage gestellt wird. Für die Hälfte der hiesigen Schüler/-innen ist die lebensweltliche Zwei-/Mehrsprachigkeit ist Alltagsrealität und es ist wissenschaftlich belegt, dass Migrationssprachen eine wichtige Bildungsressource darstellen, die auch in Baden-Württemberg stärker in schulisch-unterrichtliche Lehr-/Lernkontexte einzubinden ist. Um dies didaktisch-methodisch angemessen umzusetzen, benötigt es curriculare und sprachdidaktische Rahmenbedingungen, um Migrationssprachen in ihrer ganzen Breite (Hören, Sprechen, Lesen, Schreiben) zu lehren und zu lernen, mit dem Ziel, diese perspektivisch in den schulischen Fremdsprachenkanon aufzunehmen.

Hinsichtlich der inhaltlich-personellen Kontexte des gegenwärtigen „Konsultatsunterrichts“ in Baden-Württemberg ist zu konstatieren, dass die Bildungspläne für den Unterricht weiterhin aus den Entsendeländern entstammen und damit die dortigen Wissensbestände und Lernkontexte abbilden. Die unterrichtenden „Konsultats-Lehrkräfte“ werden in den

Entsendeländern beruflich-fachlich qualifiziert und werden auf fünf Jahre befristet nach Baden-Württemberg/Deutschland entsandt. Dadurch sind sie kaum auf die spezifische sprachliche (zweisprachige) und soziokulturelle (bikulturelle) Situation der Migrationsschüler/-innen vorbereitet. Ebenfalls findet eine personelle und unterrichtlich-fachliche Kooperation und Zusammenarbeit zwischen den „Konsults-Lehrkräften“ und den Lehrkräften des Regelunterrichts nicht oder nur vereinzelt (durch Eigeninitiative) statt.

Die genannten Aspekte bilden die Grundlage für den aktuellen Antrag des LAKA (Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg e.V.) auf Einrichtung eines Modellversuchs „Einführung von Herkunftssprachenunterricht als Wahlfach in der Grundschule“, das beim Kultusministerium Baden-Württemberg eingereicht wurde. Antragsziel ist die Einrichtung und Erprobung eines Modellversuchs an ausgesuchten Grundschulen in Baden-Württemberg für die Dauer von fünf Jahren, in dessen Rahmen herkunftssprachlicher Unterricht von Klasse 1 bis 4 als Wahlfach, das heißt als ergänzendes und freiwilliges Angebot im Umfang von wöchentlich 2-4 Unterrichtsstunden statt-

finden soll. Es handelte sich um ein ergänzendes und freiwilliges Angebot, das nicht zulasten des Pflichtunterrichts ginge. Das Herkunftssprachenangebot des geplanten Schulversuchs an Grundschulen konzentriert sich zunächst auf die vier Migrationssprachen Türkisch, Italienisch, Russisch und Arabisch, da es sich um die zahlenmäßig am häufigsten gesprochenen Migrationssprachen in Baden-Württemberg handelt. Es wird intendiert, bei positiver Gesamtevaluation das Modell bedarfsgerecht auszubauen, um den Herkunftssprachenunterricht auch auf andere Sprachen und Schulen zu übertragen.

Lehrkräfte für den HSU-Unterricht

Für die Erteilung von Herkunftssprachenunterricht in staatlicher Verantwortung werden Lehrkräfte benötigt, die vor ihrem Einsatz durch geeignete Ansprache akquiriert und qualifiziert werden. In diesem Zusammenhang sind insbesondere Lehrkräfte anzusprechen, die bisher nicht im hiesigen Schuldienst als Lehrkraft tätig sind, jedoch mit entsprechender Qualifikation die Einstellungsvoraussetzungen erfüllen, was ein wichtiger Beitrag zur Milderung des Lehrkräftemangels wäre. Zur Zielgruppe

zählen Lehrkräfte, die im Ausland ein Lehramtsstudium absolviert haben und über die benötigten Herkunftssprachenkenntnisse verfügen, wie beispielsweise „Ein-Fach-Lehrkräfte“ oder „Konsultslehrkräfte“, die nach Beendigung ihres Dienstes in Deutschland geblieben sind. Eine weitere zu gewinnende Gruppe stellen Lehrkräfte mit Fluchterfahrung und entsprechenden Herkunftssprachenkenntnissen dar, die für eine Tätigkeit im Schuldienst eine akademische Nachqualifizierung im Bereich Pädagogik und Didaktik absolvieren müssen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass aus gesellschaftspolitischer und auch schulpädagogischer Perspektive viele Gründe für die Aufnahme von Migrationssprachen in den schulischen Fächerkanon sprechen. Insbesondere aus migrationspolitischer Sicht ist es ein wichtiges Signal in Richtung gesellschaftlicher Akzeptanz migrationsbedingter Zwei-/Mehrsprachigkeit und deren Förderung.

Prof. Dr. Havva Engin, M.A.

Pädagogische Hochschule Heidelberg / University of Education. Institut für Erziehungswissenschaft. Leiterin: Heidelberger Zentrum für Migrationsforschung und Transkulturelle Pädagogik – Hei-MaT

Der VBE Baden-Württemberg ist an Ihrer Seite



**VBE-Serviceangebote unter
www.vbe-bw.de**

Um Ihnen auch online bestmöglich zu helfen, bieten wir Ihnen aktuelle Informationen und Serviceleistungen auf unserer Homepage. Außerdem bietet der VBE interessante Fortbildungsmöglichkeiten – auch online – an. Unter dem Menüpunkt Veranstaltungen auf unserer Homepage finden Sie unser vielfältiges Angebot.

Kein Neuland sondern bewährte Kommunikationskanäle

Wie soziale Medien den VBE bei seinen Forderungen nach einer besseren Bildungspolitik unterstützen

„Das Internet ist für uns alle Neuland“ – dieser Satz von Alt-Kanzlerin Angela Merkel hat seinerzeit bei manchen für einiges Schmunzeln und bei anderen eher für Stirnrunzeln gesorgt.

Das war 2013. Instagram war da bereits drei Jahre alt – überträgt man das auf den Bildungsbereich, so war die Foto- und Video-Plattform im Kindergarten. Twitter und YouTube hingegen tummelten sich zu dieser Zeit mit sieben beziehungsweise acht Jahren schon in der Grundschule und Facebook war schon auf dem Sprung in die Sekundarstufe I. Mit neun Jahren wäre Facebook schon kurz vor dem Ende seiner Grundschulzeit gewesen. Und die Suchmaschine Google? Die hatte – gegründet 1997 – im Jahr 2013 den Realschulab-

schluss in der Tasche. Gut, TikTok erblickte erst 2016 das Licht der digitalen Welt. Wenn man noch weiter zurückgeht: Die erste E-Mail wurde in Deutschland im Jahr 1984 verschickt. Mittlerweile sind wir fast vierzig Jahre weiter. Man merkt, der Satz von Angela Merkel war schon, als sie ihn ausgesprochen hat, total aus der Mode.

Die sozialen und digitalen Medien haben zu einer unglaublichen Beschleunigung im gesellschaftlichen Leben geführt – Trends wechseln rasant und wer in den sozialen Medien nicht vertreten ist, scheint aus der Zeit gefallen und schlicht nicht aktuell informiert. Schon lange sind die Printmedien nur noch ein „Informations-Marktplatz“ von mehreren. Gilt es schnell und meinungsstark zu reagieren, muss man die so-

zialen Medien mitdenken. Die Lage kann jedoch durch die Vielfalt und die Schnelligkeit, in der Nachrichten verbreitet werden, unüberschaubar werden und viele fragen sich, welchen Quellen sie überhaupt trauen können. Beim VBE gilt gerade deswegen in diesem Bereich die Devise, dass wir stets auf Grundlage von Fakten und mit Augenmaß handeln.

„Für den Verband sind soziale Medien mittlerweile zum bewährten Medium geworden, Mitglieder und Medienvertreter zu erreichen und um die Forderungen für eine bessere Bildungspolitik in der Öffentlichkeit zu platzieren. Oder aber um sichtbar zu sein und es vor allem auch zu bleiben. Sei es dadurch, auf die verschiedenen Aktionen der VBE-Kreisverbände vor Ort

Bild 1: Meinungsstark auf Twitter.

Bild 2: Seit neuestem ist der VBE auch bei YouTube vertreten. Hier ein Beitrag des Jungen VBE aus der Reihe „Wir sind der Junge VBE“ mit Eva Maria Strittmatter und Michael Herrmann

Bild 3: Ein Beitrag des Jungen VBE auf Facebook

Bild 4: Der VBE Baden-Württemberg auf Facebook in einem Beitrag zur Bundesversammlung in Berlin





Stark in der Reichweite:
Der Instagram-Kanal des
Jungen VBE hat fast 900 Follower.

aufmerksam zu machen, Vortrags- und Fortbildungsangebote des VBE zu bewerben oder seine Follower am Verbandsleben teilhaben zu lassen“, sagt der Landesvorsitzende des VBE Baden-Württemberg Gerhard Brand.

„Die Formate, die über die sozialen Medien verbreitet werden, sind dabei durchaus vielfältig: Sie reichen von Videos, kurzen und prägnanten Statements, der Verlinkung von Pressemeldungen, Fotos, Live-Berichten bis hin zu kleinen Stories über Instagram“, ergänzt der Digital-Experte des VBE Baden-Württemberg Oliver Hintzen.

„Dabei gilt: Digitale Plattformen sind nur so stark wie die Menschen an der Basis, die den VBE unterstützen und bereits durch ei-

nen Klick dessen Reichweite sowie Präsenz im World Wide Web vergrößern können. Dies hilft dem VBE auch, die nach Corona wieder verstärkt einsetzende Gewinnung junger VBE-Mitglieder zu unterstützen“, ergänzen Eva Maria Strittmatter und Michael Herrmann. Die beiden leiten seit neuestem den Jungen VBE.

Neugierig geworden? Scannen Sie einfach die QR-Codes, schauen Sie mal bei den digitalen Kanälen des VBE Baden-Württemberg vorbei, folgen Sie uns auf Twitter, Instagram, Facebook oder YouTube und lassen Sie ein „Like“ da.

Im Übrigen: Kennen Sie schon unser Video „Wir sind der VBE“ auf YouTube? Nicht? Dann wirds Zeit. Wir freuen uns auf Sie.

YouTube
VBE BW



Facebook
VBE BW



Facebook
Junger VBE



Twitter
VBE BW



Instagram
VBE BW



Instagram
Junger VBE



3



4





Lederle spricht
KLARTEXT

Strohalm oder Camouflage?

Läuft bei Ihnen Rückenwind an der Schule? Bestimmt. Aber wie läuft es objektiv betrachtet, sind Sie zufrieden? Wenn Sie bislang alle Fragen mit „Ja“ beantwortet haben, dann deshalb, weil bei Ihnen Rückenwind entweder durch Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen oder durch mehr oder minder gut qualifizierte Hilfskräfte abgedeckt wird. Glückwunsch. Ich will mit Ihnen auch gar nicht über den Sinn des Programms diskutieren. Ich jedenfalls freue mich, dass die Politik innerhalb von sehr kurzer Zeit so viel Geld gefunden hat, um gerade die zu unterstützen, die es am nötigsten haben. Auch der Aspekt, dass man nicht nur auf der Fachlichkeit rumreitet, sondern auch daran arbeiten kann, was viele Kids noch mehr brauchen, dem sozial-emotionalen Bereich, finde ich richtig gut. Bemerkenswert finde ich außerdem, mit wie relativ wenig Bürokratie (gemessen am vielen Geld) wir Schulen ausnahmsweise beschäftigt wurden/werden. Und wie es der chronisch unterbesetzten Schulverwaltung gelingt, doch so relativ viel innerhalb von so kurzer Zeit möglich zu machen.

Chapeau.

Dennoch gibt es da auch die anderen Aspekte. Gerade Rückenwind hat einmal mehr aufgezeigt, wie prekär die Lage im Bildungssystem ist und wie blank wir Schulen im Moment sind. Und ohne den tausendfachen „guten Willen“ und der Gutmütigkeit ganzer Kollegien wäre das Unterfangen wohl schon vor Beginn komplett an die Wand gefahren. Die größte Herausforderung bestand und besteht immer noch in der Personalgewinnung. Sicher sind Studierende zwar eine gute Wahl, nur das Grundproblem ist halt, dass Unterrichtszeiten und Studienzeiten nahezu deckungsgleich sind.

Und auch, dass es diese Personengruppe zwar in den städtischen Ballungsräumen gibt, aber sie auf dem platten Land eher weniger zu finden ist. Studierende sind zudem bei allem konstruktiven Bemühen halt auch Lernende und irgendjemand muss sich um sie kümmern. Im Zweifel sind dies die Kolleginnen und Kollegen landauf landab, die dies für Gotteslohn tun, nach bestem Wissen und Gewissen. Ob sich dieses Engagement auch dauerhaft auszahlen und das Programm weiter fortgesetzt wird?

“ **Gerade Rückenwind hat einmal mehr aufgezeigt, wie prekär die Lage im Bildungssystem ist ...** ”

Grundsätzlich zu begrüßen ist, dass das Land den Schulen auch und gerade im Rahmen des Programms sowie im Zuge des VERA- bzw. IQB-Schocks endlich flächendeckend ein Tool zur Lernverlaufsdiagnostik zur Verfügung gestellt hat. Sinnvoll ist das. Nur, wie sehen hier die Konsequenzen und Folgemaßnahmen aus? Förderunterricht? Dauerhafte Etablierung von Rückenwind? Oder schlicht mal genügend schulische Ressourcen? Als ob vom solide dokumentierten Wiegen jemals ein Schwein fetter geworden wäre.

So ähnlich ist das auch mit der sozialindexbasierten Ressourcenzuweisung. An sich schon sinnvoll und einen Modellversuch machen wir gleich auch noch. Die mehr brauchen, bekommen auch mehr. Dieser Idee wird sich wohl niemand verschließen, solange klar ist, nach welchen Kriterien das „mehr Brauchen“ gemessen wird und die Ressourcen dann „on top“ kommen. Wenn es dann aber darum geht, nur den Mangel etwas anders zu verteilen oder die Verteilung zu Lasten anderer geht, solange ist diese Idee wohl eher aus Absurdistan. Wo will man denn bitteschön die Lehrkräfte (ja, genau darüber reden wir) hierzu aus dem Hut zaubern, wenn man diese weder für Rückenwind noch für flächendeckenden Förderunterricht hat?

An sich unterstützenswert ist auch die gut gemeinte Idee, ein freiwilliges pädagogisches Jahr einzuführen. Vielleicht bleibt da ja auch was an den Schulen hängen. Ich kann mir das gut vorstellen. Unser Großer hatte mit Pädagogik nie wirklich was am Hut, aber seit seinem FSJ in einem Kindergarten ist ihm (zum Glück endlich) klar, was er werden will und diesen Weg geht er nun in aller Konsequenz. Dennoch muss sich auch um diesen Personenkreis jemand kümmern und auch das geht nicht für Umme, zumindest dann, wenn man dies professionell angehen will.

Und so greift man wohl in Stuggi weiter nach jedem sich bietenden Strohalm oder eröffnet eine Camouflage-Debatte, anstatt mal an Programmen und Strategien zu arbeiten, die über die Legislatur hinaus angelegt sind und nachhaltig etwas bewirken könnten.

Tja.

Dirk Lederle

*Schulleiter Johanniter-
schule Heitersheim,
Stellvertretender VBE
Landesvorsitzender.*



Personalia

Neue Referentin in der VBE Geschäftsstelle

Ich bin Sarah Schuhmacher und seit dem 01. Januar 2023 als Referentin für Studierende und Referendare in der VBE-Landesgeschäftsstelle in Stuttgart tätig. Ich bin hier für die Studierenden zuständig und außerdem an den pädagogischen Hochschulen für die Mitgliederwerbung zuständig.

Zuvor habe ich mehrere Jahre in Kindertagesstätten in Stuttgart gearbeitet.

Ich habe Soziale Arbeit im Bachelor studiert und mache momentan noch berufsbegleitend meinen Master in Sozialwirtschaft. Beim VBE kann ich nun Einiges aus

beiden Studiengängen anwenden, freue mich aber auch darauf Neues dazuzulernen. Ich freue mich, dass ich als Bindeglied zwischen Studierenden und dem VBE tätig werden darf und so beide Seiten unterstützen kann.

In meiner Freizeit bin ich gerne in der Natur zum Spazieren und mache auch gerne Sport.

Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit!

Sarah Schuhmacher





Beyer hilft weiter!

Sehr geehrter Herr Beyer,

als Schulleiterin einer größeren Verbundschule gerate ich immer häufiger an meine Grenzen und oftmals in regelrechte Zeitnot. Ich schaffe es schlicht und einfach nicht allen Anforderungen gerecht zu werden. Leider liegt dies natürlich an den wachsenden Anforderungen, aber auch an meiner fehlenden Struktur. Oft

kann ich mich nicht entscheiden, welchen Aufgaben ich mich zuerst widme.

Zusätzlich habe ich viele Mails, Telefonate und Anfragen von Lehrkräften, der Konrektorinnen oder der Sekretärinnen, so dass ich erst am späten Nachmittag - wenn sich das Schulhaus geleert hat - zur Erledigung der anstehenden Aufgaben komme. Die zeitliche Not setzt mich zunehmend unter Stress. Mittlerweile hat dies negative Auswirkungen auf meinen

Schlaf und mein Privatleben. Meine Familie beklagt sich zusehends und fühlt sich vernachlässigt. Leider ist es tatsächlich so, dass wir kaum noch Zeit miteinander verbringen, da ich selbst zuhause noch weiter am Schreibtisch arbeite. Vielleicht haben Sie mir einen Tipp aus dieser Spirale zu entfliehen? Ich danke Ihnen!

Mit freundlichen Grüßen
W. V.

Liebe Frau V.,

das Gefühl der zeitlichen Not hat wahrscheinlich beinahe jede Schulleitung. Dagegen gibt es leider keine Zauberformel. Ich würde an Ihrer Stelle meinen Arbeitsalltag analysieren und versuchen, die größten Belastungsfaktoren ausfindig zu machen. Was kann Ihnen helfen? In Kurzform zusammengefasst, generell Tätigkeiten priorisieren, vielleicht ein Schild an der Rektoratstüre anbringen mit der Aufschrift „Bitte nicht stören!“ oder feste Besprechungszeiten mit Sekretariat, Konrektorin und Lehrkräften, ritualisierte Zeiten für Mails, Telefonsprechstunden ... Ich gehe später noch ausführlicher auf diese Tipps ein.

Grundsätzlich versichere ich Ihnen, Sie sind nicht alleine. Die Belastung aus Unterricht und Schulleitung, die anspruchsvolle An-

forderung der Personalführung und dazu noch die Tatsache, dass Sie oft nur kurze Zeit am Stück ungestört arbeiten können, weil Schüler, Lehrkräfte, Sekretariat und Eltern ein Anliegen vorbringen, führen bei vielen Schulleiterinnen und Schulleitern häufig zu dem Gefühl, nie fertig zu sein. Diese Tatsache macht zunehmend unzufrieden, tröstet Sie aber wohl kaum.

Gerne beschreibe ich Ihnen einige der obigen Tipps nun noch ein wenig ausführlicher. Ich weiß natürlich aus eigener Erfahrung, dass es vor allem mehr Schulleitungszeit braucht, um unseren Alltag zu entlasten. An der Forderung nach mehr Entlastungszeit für Schulleitungen und Lehrkräfte arbeitet der VBE Baden-Württemberg auch unermüdlich.

Sie haben das Thema „mangelnde Struktur“ angesprochen, vielleicht helfen die folgenden Tipps dabei, etwas mehr Struk-

tur und Entlastung in Ihren Alltag bringen.

Tipp 1: Ich habe es mir angewöhnt, die Arbeit bereits am Vortag zu planen.

Überlegen Sie sich schon jeweils am Ende eines Arbeitstages, was Sie am nächsten Tag erledigen möchten oder was Sie delegieren können. Setzen Sie dabei Prioritäten, und legen Sie Zeiträume fest, wie lang Sie wohl für eine Arbeit benötigen. Wenn Sie diesen Tipp beherzigen, können Sie morgens entspannter anfangen und haben nachts den Kopf frei.

Tipp 2: Ich versuche meinen Tag stressfrei zu beginnen!

Kommen Sie rechtzeitig in der Schule an. Nutzen Sie den Morgen für einen ritualisierten Beginn und stimmen Sie sich dabei

positiv auf den Tag ein. Das können ein paar Dehnungsübungen vor dem Schreibtisch, eine Tasse Kaffee, ein kurzer Plausch mit Kolleginnen und Kollegen oder der Sekretärin sein. Besprechen Sie anschließend die anstehenden Aufgaben für Sekretariat, Abteilungsleitungen und Konrektorat und informieren Sie hinsichtlich Ihrer zeitlicher Freiräume.

Tipp 3: Ich hänge, um ungestörte Phasen zu haben, auch mal das Schild „Bitte nicht stören auf!“ an den Türknauf.

Es ist nichts Außergewöhnliches, dass Sie so häufig unterbrochen werden. Das ist sogar typisch für eine Führungsposition mit so vielen Ansprechpartnern. Doch schaffen Sie sich Freiräume. Dazu gehört eine gelegentlich geschlossene Tür. Geben Sie bekannt, wann Sie zu sprechen sind. Richten Sie sich beispielsweise nach den Anfangs- und End- sowie den Pausenzeiten, dies kommt Ihren Kolleginnen und Kollegen entgegen. In den Zeiten dazwischen sollte Ihre Sekretärin die Unterbrechungen fernhalten. Informieren Sie sie bezüglich freier Zeitfenster, so kann sich ein Besucher darauf einstellen.

Tipp 4: Ich versuche möglichst effizient zu arbeiten und plane auch „Pausengespräche“ ein!

Eines der wichtigsten Zeitsparprinzipien ist die Effizienz. Dies betrifft alle Bereiche Ihrer Schulleitertätigkeit, sowohl Ihr Büromanagement als auch das Delegieren und den Umgang mit Telefon und E-Mail. Sortieren Sie hierzu Ihre täglichen Aufgaben nach Wichtigkeit und Dringlichkeit. Mir selbst hilft dabei ein TO-DO-Block. Ich selbst habe mir täglich drei Mail-Zeitfenster eingerichtet. Außer diesen Zeiten schaue ich in der Regel nicht in den Maileingang. Richten Sie sich feste Zeiten für das Abarbeiten von Mails und Anfragen von Eltern ein. Planen Sie zusätzliche kleine „Pausengespräche“ für ein Gespräch mit den Lehrkräften, dem Hausmeister oder der Schulsozialarbeit, der Sekretärin ein. Der zwischenmenschliche Austausch und das Absprechen von Aufgaben ist enorm wichtig und stärkt das Klima an Ihrer Schule.

Tipp 5: Ich gehe Aufgaben, die ich nicht leiden kann aktiv an!

Das Gefühl von Zeitnot entsteht oft, wenn man unangenehme Aufgaben zu lange

vor sich herschiebt. Ich erledige solche Aufgaben zügig nach dem Motto „Augen zu und durch!“. Gerne beziehe ich meine Sekretärin oder meine Konrektorin mit ein. Das Sprichwort „Geteiltes Leid ist halbes Leid“ trifft in diesem Fall absolut zu. Gerade, wenn man sich selbst unsicher ist, macht es Sinn Teamentscheidungen zu treffen. Sich im Anschluss gegenseitig zu loben oder sich beieinander zu bedanken, ist dann die kleine Belohnung für alle Beteiligten.

Hoffentlich können meine Tipps Ihren Alltag ein klein wenig erleichtern! Ihnen alles Gute!

Herzliche Grüße

Walter Beyer

Stellvertretender VBE
Landesvorsitzender.



Aus der VBE Schriftenreihe

Ratgeber Vorsorgedienst

Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Erklärung zur Organspende – Ein Seniorenservice des VBE

Haben Sie sich schon einmal gefragt, was passiert mit mir, wenn ich aus Krankheitsgründen oder Ähnlichem nicht mehr über mich selbst bestimmen kann. Wer soll dann für mich entscheiden? Viele glauben, dass in einem solchen Fall der Ehepartner die notwendigen Entscheidungen treffen könnte. Doch das ist ein großer Irrtum! Alles was zu tun ist, damit Ihr Wille berücksichtigt wird und Sie nicht fremdbestimmt werden, erfahren Sie in diesem Ratgeber!

A4 Hochformat, 48 Seiten, 4,00 € für VBE-Mitglieder, zzgl. Versandkosten



Bestellungen bitte an:

VBE Wirtschaftsservice GmbH
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

Telefon: 0621 4815497
Fax: 0711 / 2293858
E-Mail: wirtschaftsservice@vbe-bw.de
Internet: www.vbe-wirtschaftsservice.de



Verband Bildung und Erziehung
Baden-Württemberg



Erste Hilfe im Schulalltag

Verbandbuch

Es liegt (hoffentlich) in jedem Sanitätszimmer in der Nähe des Erste-Hilfe-Kastens und wird doch häufig vergessen: das Verbandbuch. Jede erbrachte Erste-Hilfe-Leistung muss darin dokumentiert werden, um bei Folgeschäden nachzuweisen, dass die ausschlaggebende Verletzung bei einer versicherten Tätigkeit (zum Beispiel Schulbesuch, am Arbeitsplatz etc.) zugezogen wird.¹

Wie muss dokumentiert werden?

- Dokumentiert werden muss auf einem „Meldeblock“, auf einzeln abgehefteten „Dokumentationsbögen für Erste-Hilfe-Leistungen“ oder in einem Verbandbuch¹
- wenn Datenschutz und Datensicherheit eingehalten werden, kann die Dokumentation auch elektronisch erfolgen²
- die Dokumentation muss mit einer lückenlos fortlaufenden Nummerierung versehen werden (lfd. Nr.)

Dokumentiert werden muss

- Wer? (Name der verletzten Person)
- Wann? (Datum und Uhrzeit des Unfalls)
- Wo? (Ort des Unfalls/Gebäudeteil)
- Wie? (Hergang des Unfalls)
- Was genau?
(Art und Umfang der Verletzung)
- Wer hat den Unfall beobachtet?
(Namen der Zeugen)
- Was wurde unternommen?
(Welche Erste-Hilfe-Leistungen wurden wann und wie durchgeführt?)
- Von wem wurden die Erste-Hilfe-Maßnahmen durchgeführt?
(Name der Ersthelferin/des Ersthelfers)

Aufbewahrung und Entsorgung

- Aufbewahrungsfrist: 5 Jahre (Anschließend müssen die Dokumente datenschutzgerecht entsorgt werden. Bei einem Verbandbuch zählt das Datum des letzten Eintrags. Bei einem Meldeblock sind die einzelnen Blätter, bei digitalen Verzeichnissen die einzelnen Einträge nach jeweils fünf Jahren zu tilgen.)
- es handelt sich um sensible Daten, daher müssen die Unterlagen datenschutzkonform aufbewahrt werden und gegen den Zugriff Unbefugter geschützt werden.³

Wozu?

- die dokumentierten „Angaben dienen als Nachweis, dass die Verletzung oder Erkrankung bei einer versicherten Tätigkeit ein- beziehungsweise aufgetreten ist. Diese Aufzeichnungen können sehr wichtig sein, wenn zum Beispiel Spätfolgen eintreten sollten.“⁴
- bei verunfallten/geschädigten KollegInnen ist die Dokumentation der Erste-Hilfe-Leistungen wichtig für eine Anerkennung als Dienstunfall!

Weiterführend

Für alle Unfälle, denen ein Arztbesuch folgt, muss eine Unfallanzeige ausgefüllt werden. Die entsprechenden Dokumente erhalten Sie in Ihrem Schulsekretariat.⁵

Franziska Gramlich

¹ Vgl. <https://publikationen.dguv.de/media/pdf/27/06/18/dokumentation.pdf>

² Vgl. <https://www.dguv.de/fb-ersthilfe/themenfelder/dokumentation-von-erste-hilfe-leistungen/index.jsp>

³ Siehe §24 Abs. 6 der DGUV Vorschrift 1 „Grundsätze der Prävention“

⁴ <https://www.dguv.de/fb-ersthilfe/themenfelder/dokumentation-von-erste-hilfe-leistungen/index.jsp>

⁵ DGUV Information 202-089: Erste Hilfe in Kindertageseinrichtungen, Seite 11.

Quellen

DGUV Information 202-089:

Erste Hilfe in Kindertageseinrichtungen
<https://publikationen.dguv.de/widgets/pdf/download/article/1422>

[zuletzt: 29.12.2022]

DGUV Vorschrift 1:

Grundsätze der Prävention
<https://publikationen.dguv.de/widgets/pdf/download/article/2909>

[zuletzt: 29.12.2022]

DGUV Fachbereich Erste Hilfe: Dokumentation von Erste-Hilfe-Leistungen

<https://www.dguv.de/fb-ersthilfe/themenfelder/dokumentation-von-erste-hilfe-leistungen/index.jsp>

[zuletzt: 29.12.2022]

Meldeblock DGUV

<https://publikationen.dguv.de/media/pdf/27/06/18/dokumentation.pdf>
[zuletzt: 29.12.2022]

**Für Dokumentationsseiten
zum Ausdrucken diesen
QR-Code scannen**



Franziska Gramlich

Stellvertretende
Vorsitzende
VBE Landesbezirk
Nordbaden

**Besuchen Sie uns vom
7. bis 11. März 2023
auf der didacta!**

📍 Halle 7, Stand Nr. 7B26



**KLIMA
ARENA**
DER KLIMA-ERLEBNISORT

Klimaschutz im Unterricht?

Erlebe, was du tun kannst.

Mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktivitäten bietet die KLIMA ARENA auch über die Ausstellung hinaus ein breites Programm für Schulklassen: Bei Rallyes gehen Schülerinnen und Schüler auf eine rätselhafte Entdeckungstour durch die Ausstellung oder den Themenpark, beim kniffligen KLIMA-Quiz ist Teamwork gefragt und Workshops bieten Raum, um relevante Inhalte zu diskutieren.

Einfach den QR-Code scannen und unsere Angebote entdecken!



Bei Fragen:

07261 144 11 75

bildung@klima-arena.de



GEFÖRDERT DURCH

Dietmar Hopp
Stiftung



Wir benötigen nicht nur digitale, sondern auch analoge Pioniere

Mehr als zwei Jahre an intensiven Vorleistungen erforderte das Entwickeln des ersten SchwimmMobils „Wundine on Wheels“ und ist somit ein Paradebeispiel für zeitgemäßen Pioniergeist. Die Josef-Wund-Stiftung hat das Projekt ganzjahresfähiges SchwimmMobil nicht nur angestoßen und umgesetzt, sondern mit viel Hingabe verwirklicht. Es geht nicht darum ein Stroheuer zu entfachen, sondern nachhaltig die Schwimmfähigkeit unserer Kinder zu erhalten. Mit diesem vollwertigen Schwimmbad auf Rädern im Bousaiformat, inklusive modernster Heiz- und Hygieneansprüchen ist es möglich, dass Kinder die erste Niveaustufe zum sicheren Schwimmen erfüllen können (nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 04.05.2017).

Das Angebot trifft bundesweit auf sehr hohen Zuspruch und wurde in enger Abstimmung mit dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, sowie der Schulträger auf die Bedürfnisse der Grund- und Vorschulkinder zugeschnitten. Bei der Feierstunde am Samstag, den 12. November standen nicht nur die geladenen Gäste des SchwimmMobils im Vordergrund, sondern vor allem die Schülerinnen und Schüler. Sie sind schließlich die Hauptpersonen und sollen schwimmen lernen. Dem Drahtseilakt als Pilotschule alle beteiligten Stellen unter einem Hut zu bekommen stellte sich der Schulleiter Klaus Albrecht der Heinz-Barth-Schule Wettersbach. Es ist nicht damit getan, das SchwimmMobil auf den Schulhof zu stellen und mit Wasser zu füllen.

Christoph Palm, Geschäftsführer der Josef-Wund-Stiftung bedankte sich für das sehr hohe und nicht selbstverständliche Engagement des Schulleiters, sowie dessen Team. Er betonte weiterhin die Ergänzung und Zusammenarbeit zu bestehenden Angeboten von Schwimmverbänden und Schwimmvereinen und damit nicht als Konkurrenz wahrgenommen zu werden. Das Ziel müsse sein, möglichst allen Kindern das Schwimmen als unerlässliche Kul-



Bild links:
Zwischen den Schwimmtrainerinnen stehen Martin Buhl (2ter von links), Referatsleiter außerschulischer Bereich des VBE und Fachberater Sport neben Klaus Albrecht, Rektor Heinz-Barth-Schule und Landesfachteamkoordinator Sport – Grundschule.

turtechnik beizubringen. Kultusministerin Theresa Schopper als Schirmherrin betonte bei der offiziellen Einweihung: „Das Schwimmenlernen ist weit mehr als die Fähigkeit, sich über Wasser zu halten. Sicher schwimmen zu können ist die Basis dafür, sich an Badeseen, in Schwimmbädern oder am Strand sicher im Wasser zu bewegen.“

Die Zahl der Kinder, die nicht sicher schwimmen können, ist in den letzten Jahren auf einen Höchststand gestiegen. Mangelnde Infrastruktur im Bäderbereich oder an Fachpersonal sind finale Gründe, warum der äußerst bedenkliche Höchststand an Nichtschwimmern erreicht wurde. Veränderte Freizeitaktivitäten sowie gestiegener Medienkonsum verstärken die Proble-

matik. Die Kultusministerin ergänzte, dass es gemeinsame Anstrengungen braucht, um alle Kinder zu sicheren Schwimmerinnen und Schwimmern zu machen. „Das kindgerecht gestaltete SchwimmMobil der Josef Wund Stiftung ist eine innovative Erweiterung der bestehenden Aktivitäten. Je mehr Partnerinnen und Partner sich mit guten Ideen vernetzen und engagieren, desto besser ist es für unser gemeinsames Ziel, Kinder zu sicheren Schwimmerinnen und Schwimmern zu machen.“ Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass dieser Innovationsgeist, gepaart mit Kooperationsbereitschaft und Pragmatismus auf höchster Ebene funktioniert hat und mit großem Stolz auf dieses kleine Wunderwerk aufgehen werden kann.

Das neue Lehrerinnen- und Lehrerhandbuch 2023

Jetzt bestellen – sofort lieferbar!



Nur 14,50 Euro für Lehrkräfte
24,50 Euro für Schulen
+ Versandkosten

Bestellung an:
VBE Wirtschaftsservice GmbH
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

Fax: 0711 / 2293858
E-Mail: wirtschaftsservice@vbe-bw.de
Internet: www.vbe-wirtschaftsservice.de

Perfekter Ratgeber in schulischen Fragen ...

Qualität ist nicht gratis zu haben!

Am Anfang steht die Frage, was Stützstrümpfe mit der Qualitätsentwicklung an Schulen in Baden-Württemberg gemeinsam haben.

Unsere Kultusministerin, Theresa Schopper hatte sich am 18. Januar 2023 bei der Auftaktveranstaltung in Fellbach zur datengestützten Qualitätsentwicklung an Schulen in Baden-Württemberg zum Stützstrumpf geäußert. Eigentlich ging es der Ministerin um die Art und Weise einen Stützstrumpf anzuziehen, so sprach sie in ihrer Eröffnungsrede, dass manches beim Thema datengestützte Qualitätssicherung den „Charme des Anlegens eines Stützstrumpfs“ habe. Dabei ging es in erster Linie gar nicht um die Strümpfe, sondern um harte Zahlen, Daten und Fakten.

Von den Daten zu den Taten lautet das Motto und um den Bildungserfolg von jungen Menschen in Baden-Württemberg noch besser zu unterstützen, stellt man den Schulen in Baden-Württemberg drei Elemente zur Verfügung: den neuen Referenzrahmen Schulqualität, die Statusgespräche mit Ziel und Leistungsvereinbarungen und ein Schuldatenblatt. Damit sollen die Ergebnisse der Kinder und Jugendlichen verbessert werden. Das Bildungswesen in Baden-Württemberg

sei wundgeschauert, so die Ministerin, man befände sich in einer krisenhaften Situation, weil ein Fünftel der Grundschulkinder die Mindeststandards im Lesen, Rechnen und Schreiben nicht schaffe. Die Lösung: eine Gesamtstrategie muss her. Und die heißt jetzt systematische Datenerhebung und ist an wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgerichtet. Mit den erhobenen Daten sollen Schulen und Schulverwaltung an einem Strang ziehen, natürlich in die gleiche Richtung. Sie sind in Zukunft dafür zuständig, dass sich die Qualität wieder verbessert. Man soll genau hinschauen, wo es nicht so gut läuft, aber nicht mit dem Finger drauf zeigen, wenn es nicht so gut läuft. Dabei bekommen die zwei Partner einen Fahrplan an die Hand. Der Referenzrahmen Schulqualität soll für eine einheitliche Orientierung sorgen. Und in den Statusgesprächen legen Schulverwaltung und Schulen dann gemeinsam fest, wo Handlungsbedarfe bestehen. Für die Datenanalyse gibt es Fortbildungsangebote, damit jeder weiß, wie man Daten interpretiert.

Daten allein genügen nicht, darauf weist Frau Prof. Felicitas Thiel von der Freien Universität in Berlin in ihrem Vortrag hin. Entscheidend ist, das Datenfeedback, also die Art, wie wir die Daten kommunizieren. Jedes dritte Feedback zieht negative Konsequenzen nach sich. Gutes Feedback scheint eine hohe Kunst zu sein und glücklich darf sich der schätzen, der nicht als dritter dran ist.

Und der Stützstrumpf?

Bei der Veranstaltung in Fellbach hatte man nicht den Eindruck, dass das Publikum von den Socken war. Vielleicht lag es daran, dass es keine Ressourcen gibt, Schulen und Schulaufsicht müssen selber schauen, dass sie keine kalten Füße bekommen. Das Anlegen eines Stützstrumpfs habe keinen Charme, meinte die Ministerin. Aber das ist old school, die Zeiten haben sich geändert. Immer mehr Sportlerinnen und Sportler schwören auf die modernen Kompressionsstrümpfe, mit denen sich sogar die Qualität ihrer sportlichen Leistungen verbessern lässt. Qualität kostet eben ihren Preis. Das gilt für moderne und atmungsaktive Kompressionsstrümpfe. Und das muss erst recht für ein modernes und zukunftsweisendes Bildungswesen in Baden-Württemberg gelten.



Petra Schoch

Vorsitzende des HPR / asB, Schulamtsdirektorin, Staatl. Schulamt Biberach

Das VBE Handbuch Aufsicht und Haftung in der Schule

Jetzt bestellen – sofort lieferbar!

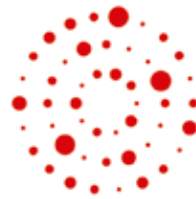


Mit dem Taschenbuch „Aufsicht und Haftung in der Schule“ will der Verband Bildung und Erziehung den Schulen und Lehrkräften einen Leitfaden und Überblick über die bestehenden rechtlichen Regelungen geben. Behandelt werden hierbei die Grundlagen der Aufsichtspflicht, die Haftung bei Verletzung der Aufsichtspflicht, die schulischen Handlungsfelder der Aufsichtspflicht sowie der Unfallversicherungsschutz der Schülerinnen und Schüler. Das Handbuch ist zusätzlich online verfügbar, damit Sie bequem Informationen und rechtliche Regelungen recherchieren und die für Sie relevanten Inhalte schnell und einfach finden können. Das Handbuch ist in Schulverwaltung.de, Deutschlands größtes, schulisches Experten- und Wissensportal, integriert.

DIN A5, 212 Seiten, 8,00 Euro für VBE Mitglieder, 13,00 Euro für Nichtmitglieder, zzgl. Versandkosten

Bestellung an: VBE Wirtschaftsservice GmbH, Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Telefon: 0621 4815497 / E-Mail: wirtschaftsservice@vbe-bw.de

Neue Dienstvereinbarung am ZSL sorgt für mehr Gerechtigkeit



ZSL

Zentrum für Schulqualität
und Lehrerbildung
Baden-Württemberg

Die Dienstvereinbarung für die „Berechnung und Abrechnung von Arbeitszeiten im Rahmen der Vergabe von Anrechnungsstunden“ wurde im Januar 2023 vom ÖPR-ZSL und dem Präsidenten des ZSL (Zentrum für Schulqualität und Lehrkräftebildung) unterzeichnet. Mit dieser Dienstvereinbarung und dem anschließenden, vereinheitlichten digitalen Tätigkeitsbericht wird eine gerechtere Arbeitszeitabrechnung möglich werden.

Wie kam es dazu?

Mit Gründung des ZSL 2019 und der damit einhergehenden zentralen Steuerung von Aus- und Fortbildung durch das ZSL wurden Ungleichheiten bei der Arbeitszeiterfassung und -abrechnung zahlreicher auf Anrechnung tätige Personen deutlich. Die verschiedenen Regierungspräsidien und Schulämter verfahren dabei früher zum Teil sehr unterschiedlich.

Im Jahr 2022 fanden Verhandlungen zwischen dem ÖPR des ZSL und der Dienststelle statt. Dabei wurden einheitliche und klare Regelungen bei Ausfall von Veranstaltungen (Krankheit eines Fortbildners, Absage durch das ZSL) diskutiert. Die neue Dienstvereinbarung stellt klar, dass den Fortbildenden bei Absage durch das ZSL oder bei eigener Krankheit kein Nachteil entstehen darf. Für ausgefallene Zeiträume werden vom Auftraggeber (dem ZSL) möglichst zeitnah Ersatztätigkeiten angeboten. Wegen Krankheit entfallene Tätigkeiten müssen nicht mehr nachgeholt werden.

Ein weiterer Verhandlungserfolg ist die Wahlmöglichkeit zwischen einer zeitscharfen Spitz- und einer vereinfachten Pauschal-Abrechnung von Tätigkeiten, durch die Fortbildenden, Beraterinnen und Berater und allen anderen auf Anrechnung Tätigen. Der zum Beispiel Fortbildende wählt dabei frei je Fortbildung, welches Abrechnungsprinzip er anwenden möchte. Die aktuellen Rechtsprechungen des EuGH und BAG, dass alle Arbeitszeiten erfasst werden müssen, können von den auf Anrechnung tätigen Personen mit der neuen Dienstvereinbarung umgesetzt werden. Welches Abrechnungsverfahren (Spitz oder Pauschal) anschließend gewählt wird ist von der Erfassung der Arbeitszeiten unabhängig und wird durch den Betroffenen frei entschieden.

Ebenfalls als Erfolg zu werten ist, dass bei Pauschalabrechnung Online- und Präsenzveranstaltungen nicht unterschiedlich, sondern nun einheitlich mit dem gleichen Faktor abgerechnet werden können. Der Faktor wurde dabei auf 2,25 festgelegt. Mit dieser Pauschale werden alle Tätigkeiten wie, Vor-, Nachbereitung, Durchführung, Reisezeiten, usw. subsummiert.

Die Dienstvereinbarung tritt im März 2023 in Kraft. Sie wird dann ca. ein Jahr lang erprobt und anschließend evaluiert. Parallel zur Erprobung der grundsätzlichen Regelungen wird der ÖPR-ZSL zeitnah mit der Leitung des ZSL Verhandlungen über einen einheitlichen elektronischen Tätigkeitsbericht führen. Die unterschied-

lichsten Bedürfnisse der Arbeitsfelder in den Regionalstellen und der Zentrale sollen dabei gleichermaßen berücksichtigt werden. Vom ÖPR-ZSL wird für den elektronischen Tätigkeitsbericht, auch eine Einführungs- und Erprobungsphase mit Evaluation gefordert, in Anlehnung an die Dienstvereinbarung. Diese ist wichtig, da manche Personen bisher keinen Tätigkeitsbericht ausfüllen mussten und andere ihren bisherigen Tätigkeitsbericht gewöhnt sind und vor einer Umstellung stehen. Der neue elektronische Tätigkeitsbericht soll Abläufe transparenter machen und vereinfachen. Geben Sie uns gerne Rückmeldung bezüglich Ihrer Erfahrungen mit der neuen Dienstvereinbarung und dem neuen einheitlichen elektronischen Tätigkeitsbericht.



Anja Franz
VBE
Mitglied des ÖPR-ZSL



Rüdiger Hölzel
BLV
Mitglied des ÖPR-ZSL

VBE

Wir setzen uns für Sie ein!

Rückblick 2022



Ausblick 2023

Das VBE Magazin im Gespräch mit dem Referat Gemeinschaftsschule

VBE: Herr Schinko, Herr Merz, Sie hatten im letzten Jahr neue Impulse in das Referat eingebracht und waren gemeinsam mit der Verbandsleitung im Austausch mit Vertretern des KM und der Politik. Was waren die Schwerpunkte in den Gesprächen?

Merz: Wir hatten Gelegenheit uns mit dem neuen Referat HS, WRS, RS und GMS des KM auszutauschen und auch mit den bildungspolitischen Vertretern einzelner Parteien. Mit den Vertretern der Grünen sogar in einer längeren gemeinsamen Sitzung.

VBE: Was waren die Schwerpunkte in den Gesprächen?

Merz: Wir haben in den Gesprächen immer wieder die enorme zeitliche Belastung für die Lehrkräfte an den GMS'en aufgezeigt. Ein Lernen auf drei Niveaustufen erfordert einen wesentlichen Mehraufwand an Vor- und Nachbereitung.

VBE: Können sie das konkretisieren?

Schinko: Der Lernentwicklungsbericht erfordert in seiner Zusammenstellung einen hohen Zeitaufwand. Er ist ein Kompromiss aus schulrechtlichen Erfordernissen und pädagogischer Aussagekraft. Vielen Kollegen/innen ist er zu kurz und nichtssagend. Etliche Schulen ergänzen ihn mit Anhängen, die grafisch die Lernentwicklung aufzeigen. Eine wesentliche Begründung hier-

für ist, dass die Schülerinnen und Schüler und auch Eltern den eher formalisierten Text inhaltlich nicht erfassen können. Das zeigt schon ganz deutlich, dass hier nachgesteuert werden sollte.

Merz: Und dies ist kein Plädoyer dafür den Lernentwicklungsbericht auszuweiten! Im Gegenteil. Nutzen und Aufwand stehen in keinem Verhältnis. Eine Kollegin, volles Deputat, Klassenlehrerin und Fachlehrerin in einem naturwissenschaftlichen Fach, berichtete mir, dass sie insgesamt 14 bis 15 Zeitstunden benötigte, um für das Halbjahr die Lernentwicklungsberichte fertigzustellen. Dies ist keine Ausnahme und wurde in vielen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen bestätigt. Es ist auch die Resonanz aus dem Personalrat, der hier viel Feedback einfängt. Ein Zeugnis mit Noten ist schneller geschrieben!

VBE: Was wäre aus Ihrer Sicht ein Lösungsweg?

Merz: Aufwand und Nutzen müssen in einem sinnvollen Verhältnis stehen. Wir haben aus den Gesprächen mit dem KM mitgenommen, dass man zwar diese Divergenz erkennt, aber derzeit keine Alternativen sieht. Dies lässt wenig Spielraum für Entwicklungen.

Schinko: Vielleicht ist es aber ein Ansatz auf den Halbjahres-Lernentwicklungsbericht zu verzichten. Wir haben an der Gemeinschaftsschule einen so engen Austausch mit den Schülern und Eltern, dass dieser entbehrlich wäre. Diese Modelle gab es ja auch erfolgreich in der Grundschule.

VBE: Haben die Jugendlichen und Eltern nicht einen Anspruch auf eine Halbjahresinformation?

Merz: Sie haben Anspruch auf eine transparente Rückmeldung zur Leistung und zum Lernstand. Zum Halbjahr gibt es eine „genormte“ Information. Über Lerntagebuch, Coaching und Standortgespräche gibt es ein derart enges Netz an Feedbackstrukturen, dass mit ein wenig Fantasie den Schulen hier ein großer Spielraum verschafft werden kann. Hier sollte man den Schulen und Lehrkräften vertrauen und im Sinne von „Best-practice“ Modellen Möglichkeiten erarbeiten, den Bericht durch verbindliche Feedbackstrukturen, die auf den eben genannten Elementen basieren, zu entwickeln.

VBE: Sie erwähnen das Thema Coaching ...

Schinko: Hier gibt es unterschiedliche Modelle an den Schulen. Auch andere Schularten schmücken sich mittlerweile gerne mit dem Begriff ... Es wird weiterhin ein Zankapfel bleiben, ob Coaching als Teil des Deputats anzurechnen ist oder nicht. Unsere Position ist hier klar: Wenn man dies verbindlich möchte, ist es Teil des Deputats und sollte dann bei den Gemeinschaftsschulen im Direkt-Bereich ausgewiesen sein und im Organisationserlass auftauchen.

Merz: Ein qualitatives Coaching ist kein Element, dass ich mal in der 5-Minutenpause fix durchziehe. Es braucht Zeit und Vorbereitung, es braucht eine, wenn auch

kurze, Dokumentation und es sollte allen Schülerinnen und Schülern regelmäßig und in nicht zu langen Abständen zur Verfügung stehen ... Hier muss ich für 16 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse ein ganz anderes Zeitfenster berücksichtigen, als für 28. Hierzu braucht es Platz im Schulhaus, Zeitfenster und ein Konzept ... Das kann nicht einfach nebenher laufen.

VBE: Sie haben eingangs die drei Niveaustufen erwähnt. Sehen Sie auch hier veränderte Anforderungen an die Lehrkräfte?

Merz: Nach unserer Erfahrung sind die Zusammensetzungen der Schülerschaft in den einzelnen GMS'en sehr unterschiedlich. Es obliegt uns hier nicht, dies zu bewerten. Grundsätzlich hat die GMS den Anspruch alle drei Niveaustufen anzubieten. Dies hat aber für die Vor- und Nachbereitung von Unterricht enorme Konsequenzen.

Schinko: Mit dem Blick auf ein Hauptfach bedeutet dies konkret, dass ich einen Lernnachweis auf drei Niveaustufen anfertige und korrigiere. Hier geht es nicht einfach um Zahlen oder Wörter zu verändern – wir

reden über teilweise erheblich andere Anforderungsniveaus und unterschiedlichen Kompetenzen, die der Bildungsplan vorgibt.

Merz: Das haben viele Schulen durch konsequente Zusammenarbeit der KollegInnen gelöst. Aber auch dies braucht Zeit – mehr Zeit! Es ist in allen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen aus GMS'en immer wieder das zentrale Thema. Ein Mehraufwand in vielen Bereichen, ohne erkennbare Entlastung. Dies führt zu einer deutlichen Belastung und nicht wenige Kolleginnen und Kollegen kapitulieren und wechseln frustriert die Schulart. Diese Signale sind unverkennbar.

VBE: Zieht sich dies durch alle Klassenstufen?

Schinko: Je höher es in die Klassenstufen geht, desto höher, desto anspruchsvoller ist die Fachlichkeit. Unterrichten auf drei Niveaustufen erfordert eine hohe fachliche Kompetenz für die Lehrkräfte. Hier sollte es aber auch möglich sein in den Klassen 8, 9 und 10 bei Bedarf größere Gruppen in Prüfungsfächern nach Niveau zu trennen. Die Kompetenzen der niveau-

stufen gehen in Klassenstufe 8, 9 und auch 10, erheblich auseinander. Hier allen drei Niveaustufen gerecht zu werden ist in einem Kurs der in Klassenstufe 9 auf G-Niveau auf den HS Abschluss vorbereiten soll, auf M-Niveau den Realschulabschluss im Blick hat und auf E-Niveau mit dem Gymnasium Schritt halten soll, einfach nicht lösbar. Hier sind wir dann aber wieder bei der Ressourcenfrage.

Merz: Das Konzept der Gemeinschaftsschule baut auf einer stabilen Ressourcenzuteilung auf. Diese Frage treibt alle Schularten um. Wir starten ins Schuljahr mit einem „eng sitzenden Anzug“, bei dem spätestens nach den Weihnachtsferien die Knöpfe abplatzen und nur noch das notwendigste versorgt wird. Nicht selten schneiden wir bis zum Halbjahr auch die Ärmel ab und stehen am Ende des Schuljahres mit kurzen Hosen da, um im Bild zu bleiben. Das lässt keinen Spielraum für Konzepte oder pädagogische Ausgestaltung ... Das betrifft sicherlich alle Schularten, die GMS aber in ihrem Markenkern.

VBE: Welche Schwerpunkte setzt sich das Referat 2023?

Merz: Das Referat wird sich im neuen Jahr breiter aufstellen und wir werden die Themen mit konkreten Lösungsvorschlägen voranbringen. Gleichzeitig wird die derzeitige Personalsituation landes- wie bundesweit die Bedingungen eher erschweren.

Schinko: Es bleibt also nur der Ansatz im bestehenden System spürbare Entlastungen zu finden. Hier sollte man jeden Stein nochmal umdrehen und genau draufschauen. Was hat sich bewährt, was ist die Kernkompetenz der GMS, wo kann und muss man nachsteuern? Wir wollen hier auch die Gemeinschaftsschulen im Land einbinden und um Rückmeldung bitten.

Merz: Dies ist auch eine Anregung an das KM und die Politik: Bleibt mit den GMS'en im Gespräch, bleibt mit den Praktikern im Gespräch. Unsere wertvollste Ressource sind gute und engagierte Lehrkräfte. Daraus resultiert gute Schule ... Und dies ist unser Ziel!

VBE: Vielen Dank für das Gespräch.



Links im Bild: Patrick Merz, Leitung Referat GMS VBE Landesbezirk Nordbaden.

Rechts im Bild: Mattias Schinko, Leitung Referat GMS, VBE Landesbezirk Nordwürttemberg.



*Der Junge VBE Bund
mit den Landessprechern
und Landessprecherinnen.*

eine stärkere Stimme geben und deren Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern. Den Abschluss bildete eine hochinformativ Workshop-Runde mit Referenten aus dem Jungen VBE Bund. Während Tim Reukauf (Thüringen) mit dem Lehramts-ABC hilfreiche Tipps gab, wie man mit Videos und Servicekonzepten wirksam neue Mitglieder gewinnt, leitete Alexander Lipp (Brandenburg) eine Diskussion über die Rolle des Jungen VBE im Deutschen Beamtenbund (dbb). Erweitert wurde die Vortragsreihe durch René Michel (Sachsen), der den Teilnehmenden praktische Übungen für die Stimme nahebrachte.

Am letzten Tag der Bundesversammlung kamen die Teilnehmenden zum VBE Forum zusammen. Der Fokus wurde beim Forum auf das Thema „Extremismusprävention – Das Miteinander an Schule wertvoll gestalten“ gelegt. Drei Grundsatzreferenten (Key-Note-Speaker) setzten sich mit Chancen eines übergreifenden Religionsunterrichts auseinander und lieferten Praxisbeispiele vom Rütli Campus in Berlin, wie gelungene Elternarbeit im präventiven Kontext aussehen kann. In den anschließenden Workshops diskutierten die Teilnehmenden weiter, was Schule als Institution mit Blick auf den Input der Referenten leisten kann. Neben der Frage, inwiefern die Vorgaben der Bildungspolitik praktisch umzusetzen sind, beschäftigte man sich ebenso damit, wie Schule die öffentliche Erwartungshaltung und den Leistungsdruck mit dem Anspruch vereinen kann, mündige und sozialfähige Menschen auszubilden.

Ein Event mit vielen Highlights. Mit vielen Eindrücken und Inspirationen ging es nach Hause, die es nun einzuordnen und in Baden-Württemberg umzusetzen gilt.
Eva Maria Strittmatter

Kleine Veränderungen – Große Wirkung

Der Junge VBE BW bei der Bundesversammlung

Zu wenige Ressourcen im Bildungssektor und dazu immense Ausgaben in den falschen Bereichen – das beklagte der scheidende Bundesvorsitzende Udo Beckmann in seiner letzten Begrüßungsrede bei der VBE-Bundesversammlung in Berlin. In vier Bundesländern sehe er noch keine Perspektive auf eine ernstzunehmende Bezahlung, wobei der VBE in zwölf Bundesländern A13 für Grundschullehrkräfte erkämpfen konnte. Um dem massiv zunehmenden Lehrkräftemangel erfolgreich begegnen zu können, müssten die Besoldungsbedingungen aller Lehrkräfte angepasst werden – eine Frage der Wertschätzung und Gerechtigkeit, so Beckmann. Kleine Veränderungen – große Wirkung. Der Junge VBE begrüßt die beiden Leitanträge, für die sich die Bundesversammlung ausgesprochen hat: Zum einen die Sicherstellung qualitativvoller Bildung durch das Abwenden des Personalmangels. Zum anderen die Forderung zum Schutz von Lehrkräften mit Blick auf die Ergebnisse der repräsentativen VBE-Umfrage zur Gewalt gegen Lehrkräfte.

Der Junge VBE Baden-Württemberg gratuliert an dieser Stelle unserem Landesvorsitzenden Gerhard Brand zu seinem überragenden Ergebnis bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden!

Auch der Junge VBE Bund tagte in fast vollständiger Besetzung in der dbb Akademie in Berlin: Nach nun drei Jahren stand hier ebenfalls die Wahl der neuen Vorsitzenden an. „Mehr Verantwortung wagen“ ist das Wahlversprechen der wiedergewählten Susann Meyer aus Mecklenburg-Vorpommern. Als zweite Vorsitzende wurden Monika Faltermeier aus Bayern sowie Annika Ollenschläger, ebenfalls aus Mecklenburg-Vorpommern, gewählt. René Michel wurde im Amt des Schatzmeisters bestätigt.

Im Austausch mit Udo Beckmann sammeln die Delegierten des Jungen VBE Ideen, die Jugend weiter zu unterstützen, beispielsweise indem Möglichkeiten geschaffen werden, besser zu agieren. Mit einem klaren Blick auf die Situation der Mitglieder will der Junge VBE den Junglehrkräften



*Die Arbeitsgruppe des Jungen VBE:
(hintere Reihe von li.) Axinia Riegel,
Paskal Kirar, Pia Kleiner, Mira Brühmüller,
The-Hop Le-Nguyen, Sabine Schnebelt.
Vordere Reihe: Jasmin Ben Dallal,
Michael Herrmann, Eva Maria Strittmatter.*

Mit Hund lernt sich's leichter

Aus dem ganzen Ländli reisten Ende November aktive Junglehrervertreterinnen und -vertreter des Jungen VBE Baden Württemberg nach Pforzheim. Das Treffen lässt sich durch die Bezeichnung unseres Tagungsraumes „Harmonie“ im Parkhotel wunderbar zusammenfassen: Das zum Zeitpunkt operierende Leitungsteam, Mira und Sabine, initiierte ein lockeres Kennenlernen und Wiedersehen von neuen Gesichtern sowie bereits bekannten Teilnehmenden. Auch konnten erste Erfahrungen der einzelnen Kreisverbände ausgetauscht und anstehende Aktionen besprochen werden.

Der Samstagvormittag war für zwei TOPs reserviert. Ersterer war die Überarbeitung des aktuellen Positionspapiers. Dieses stellt eine Übersicht unserer Forderungen an die Bildungspolitik dar und kann außerdem als Programm für unseren Einsatz im Landes- und Hauptvorstand des VBE Baden Württemberg gesehen werden. Besonders für die Punkte Inklusion, die Ungleichbehandlung in Ausbildung und Besoldung von Lehrkräften und den prekären Lehrermangel nahmen wir uns eingehend Zeit für Diskussionen. Erfreulich war, dass wir die Forderung nach der Rücknahme der Beihilfeverschlechterungen aus dem Positionspapier streichen konnten, da diese ab 2023 umgesetzt wird. Ausgebaut haben wir dafür unsere Position zu besseren

Perspektiven und nachhaltigen Qualifizierungsmaßnahmen für Quereinsteigende ins Bildungssystem. Unser Positionspapier ist auf der VBE Homepage unter der Rubrik „Junger VBE“ als Download erhältlich.

Im Anschluss begrüßten wir Jasmin Ben Dallal, Junglehrervertreterin im Kreisverband Ravensburg/Bodensee, in der Runde. Sie stellte uns das Projekt „Schulhund“ mit einem videogestützten Vortrag vor. Währenddessen schnarchte ihr Schulhund Leon, der normalerweise in einer Grundschule in Ravensburg das Geschehen mitgestaltet, selig auf seiner Decke.

Jasmin führte uns vom Genehmigungsverfahren, der Frage, welche Hunde allgemein als geeignet gelten, zur Gestaltung des Klassenraums und der Vorbereitung der Kinder auf einen Schulhund. Wir lernten einzuführende Regeln kennen, um das Kind sowie den Hund zu schützen, aber auch zum Bewusstsein und zur Bedeutung der Körpersprache beider Parteien. Die Punkte sind nur wenige Hinweise auf soziale, kognitive oder emotionale Kompetenzbereiche, die bei der Schülerschaft im Kontakt mit einem Schulhund gefördert werden können. Mit einem Hinweis auf Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten, Qualitätsnetzwerken und (Info-) Materialien rundete sie ihren Vortrag ab. Jasmin unterhält eine Facebook-Seite

„Schulhund Leon“ und freut sich über Interessierte jasmin.bendallal@vbe-bw.de.

Am Tagungsende verkündeten Mira und Sabine ihren Abschied aus der Leitung des Jungen VBE. Wir freuen uns, dass sie uns mit ihrer Expertise und hilfreichen Art weiter unterstützen werden. Danke für Euer unglaubliches Engagement und die jahrelange Führung des Jungen VBE BW! Die neuen Gesichter in der Referatsleitung Junger VBE sind Michael Herrmann und Eva Maria Strittmatter. Die beiden freuen sich auf die bevorstehende Arbeit und facettenreiche Gestaltungsaufgabe. Ein herzliches Dankeschön geht an Mira Brühmüller und Sabine Schnebelt für die Organisation der Referentin sowie an Annika Jung von der Geschäftsstelle für die Organisation der Rahmenbedingungen.

Der Junge VBE organisiert jährlich zwei Treffen, damit die Junglehrervertreterinnen und -vertreter aus ganz Baden-Württemberg sich kennenlernen, austauschen und gemeinsam fortbilden. Die Wochenenden bieten eine wundervolle Plattform für Fachgespräche und neue Impulse. Du möchtest unverbindlich reinschnuppern oder hast Ideen oder Anregungen? Schick uns gerne eine Nachricht über Instagram [@junge_vbe_bw](https://www.instagram.com/junge_vbe_bw) oder direkt Annika in der Geschäftsstelle annika.jung@vbe-bw.de.
Eva Maria Strittmatter

Von Anfang an mit dem VBE

Endlich geht es los!“ oder „Oh je, jetzt wird es ernst!“ – der Start in den Vorbereitungsdienst löst unterschiedliche Gefühle aus. In der Tat beinhaltet der Beginn des zweiten Ausbildungsabschnittes neue Herausforderungen, aber auch wichtige bürokratische Aufgaben, wie zum Beispiel die erste Steuererklärung. Der VBE möchte seinen Mitgliedern hier ein verlässlicher Partner sein und von Anfang an unterstützen. Daher wurde vom 27.-28.1. in Pforzheim, erstmalig wieder in Präsenz, für die angehenden Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter die Fortbildung „Fit für den Vorbereitungsdienst“ veranstaltet.

Gestartet wurde am Freitagnachmittag in Pforzheim. Nach einem kurzen Kennenlernen startete das offizielle Fortbildungsprogramm mit dem Steuerberater Axel Nerger. Er gab den angehenden Lehrerinnen und Lehrern wichtige Tipps für die Erstellung der Einkommensteuererklärung. Anschaulich erläuterte er wie eine Abschreibung funktioniert und zu welchen Bedingungen ein Arbeitszimmer abgesetzt werden kann. Anschließend stellten die beiden Junglehrervertreterinnen Mira Brühmüller und Sabine Schnebelt das Team, die Aufgaben und Aktionen des Jungen VBE vor und luden zur aktiven Teilnahme ein.

Oliver Hintzen, stellvertretender Landesvorsitzender und Schulleiter an der Johan-Belzer-Schule Weisenbach, schloss den ersten Fortbildungstag ab. Frei nach dem Motto „ein Schulleiter plaudert aus dem Nähkästchen“ informierte er die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Grundsätzliches wie beispielsweise angemessene Berufskleidung, den Status als Beamter und Beamtin auf Widerruf und wann „Nein-sagen“ erlaubt ist.

Am zweiten Veranstaltungstag starteten Annika Melchien und Pia-Alexa Kleiner mit ihrem Vortrag „Überlebens Tipps für den Vorbereitungsdienst“. Die beiden gaben



Foto oben: Steuerberater Axel Nerger gab hilfreiche Tipps für die Erstellung der Einkommensteuererklärung.

Die Referenten des zweiten Veranstaltungstages (v. li.): Pia-Alexa Kleiner, Annika Melchien, The-Hop Le-Nguyen.



Anregungen zur Gestaltung der Hospitationsphase, des eigenständigen Unterrichts und zu den Prüfungen. Hier erwähnten sie unter anderem die Sandwich-Methode. Dies bedeutet, dass man bei der Reflexion seiner Unterrichtsstunde mit einem positiven Aspekt startet und abschließt. Auch die Nutzung von Instagram zur Unterstützung der Unterrichtsvorbereitung wurde thematisiert.

Anschließend lernten die Teilnehmenden den Vorbereitungsdienst aus der Sicht eines Seminarschulrats kennen. The-Hop Le-Nguyen, Bereichsleiter am Seminar für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte Nürtingen, ermöglichte einen Blick hinter die Kulissen des Seminars und informierte über die Anforderungen, die neue Rolle, das effektive Arbeiten und die

Erwartungen an einen Unterrichtsbesuch. Die Resonanz war durchweg positiv und viele äußerten sich erleichtert, dass sie sich durch diese Fortbildung motiviert und sehr bestärkt fühlen. Wir wünschen allen Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern einen guten Start in ihren Vorbereitungsdienst.

Für alle, die ihren Vorbereitungsdienst in Kürze abschließen, haben wir einen interessanten Hinweis. Am 1. Juli findet in Pforzheim die Fortbildung „Endlich Lehrer/in – jetzt geht’s los!“ statt. Hier wird speziell auf die Herausforderungen nach dem Vorbereitungsdienst eingegangen. Anmeldungen sind bis spätestens 2. Juni bei annika.jung@vbe-bw.de möglich.

Mira Brühmüller, Sabine Schnebelt



Kollegial und kompetent: Melanie Lanckohr (li.) und Denise Zaki (re.) halfen Gerhard Kurze (Mitte) durch die digitale Abstimmung der dbb Vorstandswahlen.

um Hilfe gerufen werden mussten. Gerd Kurze war darüber so erfreut, dass er seine Frau bat, zwei einzelne Rosen vom Stadtbummel mitzubringen. So konnte er diese fachmännisch verpackten Blumen seinen Helferinnen, den Kolleginnen Melanie Lanckohr und Denise Zaki, noch im Plenum dankend überreichen. Dabei erinnerte er diese und das applaudierende Umfeld an ein von der VBE-Jugend und den VBE-Senioren vor einigen Jahren erarbeitetes Motto: „Jung und Alt – Zusammenhalt“. So wollte er seine Beweggründe verstanden wissen und gleichzeitig dieses Motto zu weiterer Anwendung empfehlen.

Es bleibt noch zu erwähnen, dass beide VBE-Seniorenvertreter hochofreut darüber waren, dass ihre zwei wichtigsten Anliegen bei den Wahlen positiv beschieden wurden. Zum einen ist die VBE-Landesvorsitzende aus Bayern, die Präsidentin des BLLV, Simone Fleischmann, mit großer Mehrheit zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden des dbb gewählt worden. Zum anderen wurde der Antrag auf Kooption der dbb bundesseniorenvertretung in das Leitungsgremium des Beamtenbundes einstimmig beschlossen.

Max Schindlbeck

Ist Gerd Kurze ein Rosenkavalier?

Das ist aber keinesfalls sicher. Aber beurteilen Sie den Zusammenhang selbst. Zum Gewerkschaftstag 2022 von dbb beamtenbund und tarifunion waren auch die Sprecher der VBE-Bundesseniorenvertretung als stimmberechtigte Delegierte geladen, Max Schindlbeck als erster Sprecher und Gerhard Kurze als sein Stellvertreter. Beide Vertreter waren mit hohen Erwartungen angereist; aber dazu später mehr.

Der dbb Bundesvorstand hatte sich entschieden, die anstehenden Vorstandswahlen ganz ohne Papier, also digital durchzuführen. Zwei Tonnen Papier sollten eingespart werden. Die Firma OpenSlides hatte dazu ein Programm entwickelt und eine Anzahl von eigenen, schon vorberei-

teten Endgeräten mitgebracht. Gerd Kurze fiel dadurch schon ein Stein vom Herzen; denn sein Computer ist ein eher älteres Gerät. Für den gerade 84 Jahre alt gewordenen Münsteraner blieb aber noch die Unsicherheit der richtigen Handhabung, und das in aller kollegialen Öffentlichkeit.

Da wuchs ihm ganz überraschend sachkundige Hilfe von zwei links von ihm sitzenden, deutlich jüngeren VBE-Kolleginnen aus Aachen zu. Diese halfen ihm völlig unaufgeregt, behutsam und mit den notwendigen Aufmunterungen durch den Abstimmungsmarathon der sechzehn Wahlgänge. Diese besondere Art der Zusammenarbeit war so erfolgreich, dass die vielbeschäftigten Helfer nicht einmal



**Verband Bildung und Erziehung:
Ihr gewerkschaftlicher
Partner mit Weitblick**

Referat Kindertageseinrichtungen



Traumberuf Erzieherin/Erzieher?

Dem Fachkräftemangel in den Kitaeinrichtungen auf der Spur – Lösungsansätze und Denkanstöße

Mit dem Rechtsanspruch auf einen Kita-platz für Kinder unter drei Jahren, hat sich seit dem Jahr 2013 die Anzahl der Kita-Beschäftigten beinahe verdoppelt. Der Bedarf an Fachkräften steigt nach wie vor stetig und die Nachfrage ist ungebrochen. Die Ausbildungskapazitäten wurden stetig erhöht, Quereinstieg wurde ermöglicht und doch reichen die Maßnahmen nicht aus, um den Fachkräftemangel zu beheben. Nun legt das Kultusministerium eine Werbekampagne auf, um den Fachkräftemangel an Kitas zu reduzieren. Sie lautet: „Mehr bekommst du nirgendwo!“ und soll dazu dienen, sowohl neue Erzieherinnen und Erzieher als auch sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten zu gewinnen. Die Attraktivität des Berufsbilds soll dabei herausgestellt werden: Traumberuf Erzieherin/Erzieher!

Der VBE Baden-Württemberg begrüßt grundsätzlich die Kampagne, bedauert aber, dass die Erzieherausbildung an den Fachschulen nur etwas nachrangig behandelt wird und in den Videos keine Fachschulabsolventen diese Form der Ausbildung vorstellen. Es ist nach wie vor so, dass bei der Fachschulausbildung mehr Absolventen / Absolventinnen einen Abschluss als Erzieher/Erzieherin machen als bei der Praxis-Integrierten – Ausbildung. Derzeit gibt es zahlenmäßig mehr Ausbildungsplätze an den Fachschulen mit mehr Vollzeitunterricht als bei PIA. Der VBE Baden-Württemberg ist aber froh, dass endlich eine Werbekampagne für dieses Berufsbild aufgelegt wurde und hofft auf positive Auswirkungen hinsichtlich des Fachkräftemangels.

Prognosen Fachkräftebedarf

Studien belegen für Baden-Württemberg ein erhebliches Defizit an Kita-Plätzen. Die Bertelsmann Stiftung geht davon aus, dass 57.600 Plätze fehlen. Damit diese Lücke geschlossen werden kann und um den gesetzlichen Betreuungsanspruch zu gewährleisten, braucht es in Baden-Württemberg ungefähr 16.800 zusätzliche Fachkräfte. Der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) hat in einem Vorausschätzungsmodell für Baden-Württemberg präsentiert, nach dem bis 2025 rund 24.000 zusätzliche Fachkräfte – davon etwa 19.500 Vollzeit – allein für den Mehrbedarf aufgrund des Kita-Ausbaus benötigt werden. Hinzu käme ein Ersatzbedarf von etwa 15.500 Fachkräften, da rund 18 Prozent der Mitarbeitenden in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. So müssten bis 2025 knapp 40.000 zusätzliche Fachkräfte akquiriert werden.

Laut Bertelsmann Stiftung beläuft sich der Bedarf an Fachkräften auf 41.000 Personen, sollten beispielsweise deren Empfehlungen für einen kindgerechten Personalschlüssel für alle Kita-Kinder und für eine professionelle Personalausstattung für Leitungsaufgaben realisiert werden. Die dafür erforderlichen Ausbildungskapazitäten stellen eine große Herausforderung dar. Es müssen auch genügend Berufsschullehrer verfügbar sein.

Hilfreiche Maßnahmen

Der VBE Baden-Württemberg fordert kurzmittel- und langfristige Handlungsstrategien für die Gewinnung, Qualifizierung und Bindung der Fachkräfte.

Unsere Forderungen:

- Der Einsatz von multiprofessionellen Teams – also von Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten, Logopädinnen und Logopäden, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Heilpädagoginnen und Heilpädagogen.
- Ein Freiwilliges Pädagogisches/Soziales Jahr in den Kitas. Warum nicht mit einer gewissen Anrechnung auf die Ausbildung, falls der Erzieherberuf ergriffen wird?
- Zusätzliche Unterstützung in Verwaltungsaufgaben (Sekretariat)
- Hauswirtschaftliche Hilfen und damit den Wegfall von Putztagen

Offene Fragen müssen konsequent angegangen werden: Wie können wir die Abbrecherquote während der Ausbildung reduzieren? Wie schaffen wir bessere Rahmenbedingungen? Wie steigern wir die Personalbindung? Wie bekommen wir professionelle, gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen?

Zwischenfazit

Letzten Endes muss der Arbeitsplatz Kita attraktiv sein. Nur so ergreifen ausreichend Personen den Beruf und bleiben auch dabei. Die Fachkräfteoffensive des Kultusministeriums wird alleine nicht ausreichen. Gruppengröße reduzieren

Die Gruppengröße zeitweise auf bis zu 28 Kinder pro Gruppe anzuheben, löst nur kurzfristig Probleme. Längerfristig führt dies zu einer Überbelastung und zu einem erhöhten Krankenstand. Da jetzt schon die Probleme im Bereich Aufsichtspflicht

enorm sind, kann dies keine dauerhafte Lösung sein. Wir müssen dringend zurück zu den Personalbemessungen und Mindeststandards, die vor der Zeit der Pandemie galten. Nur mit einem akzeptablen Fachkraft-Kind-Schlüssel lässt sich die pädagogische Qualität der Kitas als Bildungseinrichtungen umsetzen.

Weitere Denkansätze

Der enorme Fachkräftemangel muss spürbar reduziert werden. Die vorrangige Strategie der Personalbedarfsdeckung hat bisher im Ausbau der Ausbildungskapazitäten bestanden, bei der Akademisierung geht es nur langsam voran. Warum sollten nicht die Studienkapazitäten für Früh- und Kindheitspädagogen weiter ausgebaut werden, um verstärkt akademisch qualifiziertes Personal in Kitas mit der entsprechenden Vergütung zu beschäftigen? Die Schaffung von spezialisierten Stellen in Themenbereichen wie Sprachförderung oder Inklusion könnte Akademikerinnen und Akademiker im Arbeitsfeld halten oder ins Arbeitsfeld bringen.

Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger

Den derzeitigen Mangel an pädagogischen Fachkräften fangen immer mehr

unausgebildete Personen, beziehungsweise Quereinsteiger auf. Diese haben eine verkürzte Ausbildung. Ihnen und allen anderen müssen berufsbegleitende Weiterqualifizierungen unter pädagogischer Anleitung angeboten werden. Für diese Anleitungen und die der Auszubildenden aus den Fachschulen brauchen pädagogische Fachkräfte ausreichend Zeit. Entlastet werden könnten das pädagogische Personal und die Kita-Leitungen durch weitere Personen, die hauswirtschaftliche Aufgaben und Verwaltungstätigkeiten übernehmen.

Kitaleitungen

Dringend müssten Kitaleitungen besser auf ihre vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben vorbereitet werden. Die Fachberatungen und das Forum Frühkindliche Bildung könnten an dieser Stelle sicherlich noch mehr miteinbezogen werden. Letztlich braucht es ein flächendeckendes und trägerübergreifendes Fortbildungssystem „Führungskraft“.

Fazit

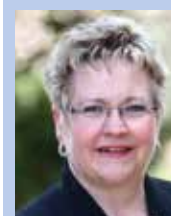
Den politisch Verantwortlichen muss frühkindliche Bildung mehr wert sein, als es bisher der Fall gewesen ist, sonst bleibt der Traum vom Traumberuf ein Traum.

Informationen über die Werbekampagne finden Sie auf <https://erzieher-in-bw.de>

... oder Sie scannen einfach den QR-Code mit dem Handy



Walter Beyer
Stellvertretender VBE
Landesvorsitzender



Susanne Sargk
Leitung Landesreferat
Kindertages-
einrichtungen im VBE
Baden-Württemberg

Aus der VBE Schriftenreihe

Praxistipps – Beziehungen positiv gestalten

Unterschiedliche Zugänge zum Umgang mit Situationserfordernden Verhaltens. Verschiedene Herangehensweisen stehen gleichberechtigt nebeneinander und ermöglichen durch verschiedene theoretische Modelle unterschiedliche Perspektiven bezüglich der gezeigten Verhaltensweisen. Aus dem Inhalt: Präventionspyramide; Resilienzförderung in der Schule; der systemische Ansatz; der individualpsychologische Ansatz; als Team in der Klasse; u. a. m.

A5 Querformat, 52 Seiten, 3,00 € für VBE-Mitglieder, zzgl. Versandkosten



**Jetzt bestellen
beim VBE Wirtschaftsservice:
wirtschaftsservice@vbe-bw.de**

Landesbezirk Nordbaden

Personalräteschulung in Rastatt

Die Mitglieder und Nachrücker/-innen der verschiedenen Personalräte in Nordbaden trafen sich im Spätherbst in einer neuen Tagungsstätte in Rastatt zur jährlichen Schulung. Dr. Barbara Unterreiner vom RP Karlsruhe klärte über die „Teilzeitfalle“ auf, in die viele Kolleginnen unwissentlich tappen. Fragen rund um Elternzeit, Betreuungsnotfälle, Kinderkrankentage etc. wurden besprochen. Dr. Petra Hasselbach von der Schulpsychologischen Beratungsstelle des ZSL (Regionalstelle Mannheim) verdeutlichte in praktischen Übungen sehr anschaulich, wie Beratungsgespräche gelingen (oder eben auch misslingen) können. Bekannte und unbekannte Kommunikationsmodelle und Umgangsformen damit wurden dargelegt und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde ein bunter Strauß an möglichen Handlungsoptionen angeboten und in einem vorbildlichen Handout-Heftchen mitgegeben. Nach der langen Zeit der Pandemie war es schön, sich wieder in Präsenz zu sehen und auszutauschen. Die beiden Referentinnen sorgten für kurzweilige, aber sehr informativen Input. Vielen Dank dafür!



Die Mitglieder und Nachrücker/-innen der verschiedenen Personalräte Nordbadens.

Landesbezirk Südwürttemberg

Vorstellung des VBE am Seminar für Sonderpädagogik in Reutlingen

Etwa 50 Anwärterinnen und Anwärter des Kurses, der im Herbst die dreijährige Ausbildung begonnen hat, nahmen an der Vorstellung des VBE Anfang Januar teil. Anja Bartenschlager erläuterte zunächst allgemeine Themen, wie „Was ist der VBE?, Wofür setzt sich der VBE ein (hier im Besonderen im Bereich der Sonderpädagogik)?, Welche Vorteile bringt eine Mitgliedschaft?, Welchen Service bietet der VBE?“. Im weiteren Verlauf führte Sascha Hellmannsberger (Leiter Landesreferat Fachlehrkräfte) spezifischere Themen der Zielgruppe, wie beispielsweise „Was fordert der VBE für Fachlehrkräfte?“, aus. Zudem ging er auf die VBE-Standpunkte und die Erfolge des VBE in diesem Bereich näher ein. Im Anschluss konnte man sich an einem umfangreichen VBE-Stand informieren. Hier trafen die Anwärter/-innen und Anwärter auf die kompetenten Vertreter vor Ort (siehe Foto).



V. l.: Anja Bartenschlager (Vorsitzende LB Südwürttemberg), Sascha Hellmannsberger (Landesreferatsleiter Fachlehrkräfte), Alexander Weiss (Beirat Realschule und Beratungslehrkräfte im KV Tübingen/Reutlingen), Matthias Würth (Vorsitzender KV Tübingen/Reutlingen)

Wiederholung Schul- und Beamtenrecht im Fachseminar für Sonderpädagogik

Am Dienstag, den 24.01.2023, fand die Wiederholung des Schul- und Beamtenrechts im Seminar für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte Reutlingen (Fachseminar für Sonderpädagogik) online statt. Für die Anwärterinnen und Anwärter stand ein passgenaues Angebot im Mittelpunkt. Dafür bestand für sie nach der Anmeldung die Möglichkeit, ihre persönlichen Fragen und Themen im Bereich des Schul- und Beamtenrechts im Voraus zuzusenden. Diese wurden dann gegliedert während der Online-Wiederholung in kompetenter Weise von Alfred Vater (Mitglied im BPR Tübingen) und Anja Bartenschlager (Mitglied im BPR Tübingen) erläutert und beantwortet. Gewünschte Themen waren beispielsweise Datenschutz und Urheberrecht, Schulaufsicht, der Paragraph 90 und der



Anja Bartenschlager
Vorsitzende VBE
Landesbezirk
Südwürttemberg



Alfred Vater
Stellv. Vorsitzender
VBE Landesbezirk
Südwürttemberg

Bereich des Beamtenrechts. Die Rückmeldungen zeigten, dass die Teilnehmenden diese Vorgehensweise sehr hilfreich fanden und sie empfanden die Wiederholung als äußerst gewinnbringend für ihre Prüfungsvorbereitung. Anja Bartenschlager

Aus den Kreisverbänden

KV Biberach und KV Ulm/Alb-Donau

Großes Interesse am VBE

Anfang Februar war der VBE mit einem umfangreichen Infostand am Seminar Laupheim vertreten. Das VBE-Team verteilte den 90 hereinströmenden neuen Anwärter/-innen die für sie zusammengestellten VBE-Taschen. Die angehenden Lehrkräfte konnten sich dann am Stand selbst ein Bild machen und ihre Fragen im persönlichen Gespräch mit den Aktiven klären. Die Mitglieder konnten bei der Gelegenheit gleich ihren Schuljahresplaner für das kommende Schuljahr mitnehmen oder sich noch ummelden. Sehr erfreut waren sie auch von dem didacta-Code, mit dem sie sich eine Freikarte für die Bildungsmesse generieren können. Von großem Interesse waren bei den Gesprächen die Unterschiede zu anderen Anbietern. Überzeugend fanden viele, dass sich der VBE für den Erhalt der Schularten einsetzt, im Gegensatz zu der Position „eine Schule für alle“. Zahlreiche Anwärterinnen und Anwärter entschlossen sich, Mitglied zu werden. Anschließend stellten Ernst Vater und Anja Bartenschlager im Plenum den VBE und die Vorteile einer Mitgliedschaft mit einer anschaulichen PowerPoint-Präsentation vor.



V. li.: Anja Bartenschlager (Vorsitzende KV Ulm/Alb-Donau), Rosemarie Mohr (stv. Vorsitzende KV Biberach), Franziska Neubert (Junglehrervertreterin KV Biberach), Christian Walter (KV Ulm/Alb-Donau, Mitglied im PR Biberach), Sandra Ritschmann (Geschäftsführerin KV Ulm/Alb-Donau), Martin Badent (KV Ulm/Alb-Donau), Ernst Vater (Vorsitzender KV Biberach)

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in einem unserer Kreisverbände haben, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzenden.

Für Biberach: ernst.vater@vbe-bw.de oder für Ulm/Alb-Donau: anja.bartenschlager@vbe-bw.de

KV Esslingen

100 Taschen für 100 Referendar/-innen in Nürtingen

Mit großer Freude wurden Anfang Februar 100 neue Referendarinnen und Referendare am Stand des Kreisverband Esslingen vom Kreisvorstand begrüßt. Die Neuankömmlinge am Seminar für Grundschulen in Nürtingen interessierten sich für vielerlei Informationen und den Rucksäcken des VBE. Bernd Kerner, Kreisvorsitzender und Personalrat am Schulamt Nürtingen, übergab gerne 100 blaue Rucksäcke des VBE und Auskünfte zu den verschiedensten Anliegen. Katharina Weberpals, ebenso Mitglied des örtlichen Personalrats und Anja Franz (ÖPR ZSL) standen dabei tatkräftig zur Seite. Außerdem erhielten die Referendarinnen und Referendare, die bereits Mitglied waren oder direkt am Stand ihre Eintrittserklärung abgaben, ihren persönlichen Code für eine Tageseintrittskarte für die diesjährige didacta Messe in Stuttgart. Die Infobroschüre für Referendar/-innen „Effektiv“ wurde ebenso verteilt und sogar neue VBE-Mitglieder konnten gewonnen werden.



V. li.: Anja Franz (ÖPR ZSL), Bernd Kerner (Kreisvorsitz Esslingen), Katharina Weberpals (ÖPR Nürtingen)

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden: bernd.kerner@vbe-es.de

KV Freiburg

Der VBE am WHRS Seminar in Freiburg

Der Kreisverband Freiburg war mit einem umfangreich ausgestatteten Stand am Seminar Freiburg. Wie alljährlich war das VBE-Team bestens vorbereitet und drückte allen Ankömmlingen eine VBE-Informationsmappe in die Hand. Anstehende Fragen konnten am Stand gleich beantwortet werden. Erfreulich ist, dass der VBE an den Seminaren unter den Referendaren viele Mitglieder hat. Diese waren bereits im Studium so vom VBE überzeugt, dass sie auch im Referendariat weiterhin Mitglied sind. Für den KV Freiburg nahmen teil: (siehe Foto v. li.) Nanni Laupheimer, Sabine Loskant, Christoph Wolk (Vorsitzender VBE Südbaden), Nadine Possinger (Vorsitzende des KV Freiburg und Geschäftsführerin des VBE Südbaden), Christian Dehm (Referendar), Benjamin Possinger (stellvertretender Vorsitzender KV Freiburg).



Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: nadine.possinger@vbe-bw.de

Aus den Kreisverbänden

KV Freudenstadt

Begrüßung des neuen Ausbildungskurses 2023

In feierlichem Rahmen wurden am 1. Februar 2023 im Kurhaus in Freudenstadt 81 neue Lehramtsanwärter/-innen willkommen geheißen. Der VBE Freudenstadt war vor Ort und überreichte allen am Ausbildungskurs 2023 Teilnehmenden Fächermappen mit VBE Info-Materialien. Am Freitag, den 03.02.2023 fand die Vorstellung des Personalrates statt, in welcher sich u. a. die örtlichen Personalräte an den Staatlichen Schulämtern Rastatt und Pforzheim vorstellten und die verschiedenen Ebenen der Personalvertretung erläuterten. Der VBE Kreisverband Freudenstadt war auch hier vor und nach der Veranstaltung am Seminar für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte Freudenstadt mit einem Informationsstand präsent. Am Stand erhielten die Lehramtsanwärter/-innen viele nützliche Materialien für die Unterrichtspraxis.

Jahresauftakt mit Schwung und Spaß

Unter dem Motto "sich austauschen, entspannen oder einfach nur Spaß haben" lud der VBE Freudenstadt seine Mitglieder Anfang Februar 2023 zum Bowling in Horb ein. Nach einer fröhlichen Begrüßung waren die Bowlingschuhe schnell geschnürt und los ging's ins sportliche Vergnügen. Niemand dachte auch nur im Geringsten daran, eine „ruhige Kugel“ zu schieben. Immer wieder einen großen Wurf zu landen und mit einem krachenden Strike gleich alle Pins abzuräumen, war für die Bowlingfans das erstrebenswerte Ziel. Am Ende konnte sich Martin Briol mit einem Punkt Vorsprung den Sieg sichern. Die vielen interessanten und unterhaltsamen Gespräche bereicherten das gesellige Beisammensein.



Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: daniela.neubrand@vbe-bw.de



KV Rhein-Neckar/Heidelberg

Mitgliederversammlung

Der Kreisverband Heidelberg/Rhein-Neckar hat am Montag, den 09.01.2023 eine Mitgliederversammlung in Eppelheim durchgeführt und mit hervorragendem Wahlergebnis einen neuen Kreisvorstand gewählt. Der neue Vorsitzende des Kreisverbandes ist Markus Kempke. Stellvertretende Vorsitzende ist Sandra Mercatoris und Geschäftsführer ist Michael Mercatoris. Die Vorsitzende des Landesbezirks Nordbaden Andrea Friedrich gratuliert dem neuen Kreisvorstand im Namen des Landesbezirks herzlich und wünscht einen guten Start sowie gutes Gelingen aller Vorhaben.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden: markus.kempke@vbe-bw.de



V. li.: Michael Mercatoris, Sandra Mercatoris, Markus Kempke, Andrea Friedrich

Schulkreis Lörrach-Waldshut

VBE-Infostand an der Teilpersonalversammlung am Seminar Lörrach

Die erste Teilpersonalversammlung des ÖPR Lörrach fand Mitte Januar nach langer Coronapause am Seminar Lörrach statt. Der VBE war mit einem Infostand und vielen Materialien vertreten. Die Seminarbeauftragte Annette Frey und der Bezirksgruppenvorsitzende Tassilo Fuchs unterstützten die Schulkreisvorsitzende Sonja Dannenberger tatkräftig.



Schulkreis Lörrach-Waldshut

Verabschiedung eines langjährigen Vorstandsmitglieds

Zum Jahresabschluss 2022 traf sich der VBE-Schulkreisvorstand Lörrach/Waldshut in Bad Säckingen zu einer Vorstandsitzung mit anschließendem Weihnachtessen. Themen waren unter anderem ein Rückblick auf das vergangene Jahr 2022 sowie die Aktivitäten in den Bereichen Seminar, Junglehrer, Senioren und in den Bezirksgruppen Waldshut und Lörrach. Beim Ausblick auf das neue Jahr wurden viele verschiedene Aktionen geplant und die anstehende Personalratswahl 2024 besprochen. Am Ende der Vorstandsitzung verabschiedete die Schulkreisvorsitzende Sonja Dannenberger das langjährige Vorstandsmitglied Julia Weiss. Sie verlässt den Schulkreisvorstand, weil sie seit Längerem schon in der Schweiz lebt und arbeitet. Die Schulkreisvorsitzende bedankte sich ganz herzlich bei Julia Weiss und überreichte ihr ein Dankeschön des VBE für ihre langjährige ehrenamtliche VBE-Arbeit in der Bezirksgruppe Bad Säckingen bzw. Waldshut.



Die Schulkreisvorsitzende Sonja Dannenberger (re.) verabschiedet Julia Weiss.

VBE-Infostand am Seminar Lörrach

Am 1. Februar durfte der VBE des Schulkreises Lörrach/Waldshut endlich wieder die neuen Lehramtsanwärter/-innen am Seminar Lörrach in Präsenz begrüßen. Mit einem Infostand, vielen Materialien, die man im Schulalltag benötigt, sowie Schuljahresplaner, didacta-Eintrittskarte und einer VBE-Tasse mit vielen kleinen brauchbaren Überraschungen (Stempel, USB-Stick, Schlüsselanhänger etc.) stellte sich der VBE den neuen Lehrkräften vor. Viel Andrang herrschte in der Mittagspause am VBE-Stand. Die Schulkreisvorsitzende Sonja Dannenberger (Mitte) wurde dabei tatkräftig von der Seminarbeauftragten Annette Frey (links) und dem Vorstandsmitglied Timo Feigl (rechts) unterstützt.



Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: sonja.dannenberger@vbe-bw.de

KV Karlsruhe/Bezirksgruppe Bruchsal

Neuer Bezirksgruppenvorsitzende

Die Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe Ende Januar war außerordentlich gut besucht. So freuten wir uns über die Teilnahme von Otmar Winzer – aktives Mitglied im Landesschulbeirat BW, der auch die Wahlleitung übernahm. Die Wahl einer Vorsitzenden war nötig geworden, weil der seitherige Vorsitzende inzwischen im Ruhestand ist und sein Arbeitsfeld eher bei der Seniorenarbeit sieht. Er räumt den Vorsitz mit einem sehr guten Gefühl, weil in den letzten fünf Jahren die Mitarbeiter/-innen-Zahl im BG-Bruchsal und im KV Bereich Karlsruhe beständig gewachsen ist. Als Nachfolgerin wurde Rebekka Mack vorgeschlagen und zu ihrer Freude einstimmig gewählt. Da Rebekka Mack bereits als Nachrückerin im ÖPR ist und schon bei diversen VBE Ständen mit aktiv war, weiß sie um die Bedeutung der VBE Arbeit. Als Tochter des Amtsvorgängers ist eine gewisse Kontinuität gewahrt. Anschließend unterhielt man sich wie üblich noch kräftig über Schule und Privates.

Andrea Wieser, Vorsitzende des KV Karlsruhe



Geselliger Wahlabend

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband oder in einer Bezirksgruppe haben, oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: andrea.wieser@vbe-bw.de oder an die neu Bezirksgruppenvorsitzende: rebekka.mack@vbe-bw.de

Aus den Kreisverbänden

KV Mannheim

Crashkurs Schul- und Beamtenrecht

Auch in diesem Jahr bot der Kreisverband Mannheim wieder die Onlineveranstaltung „Crashkurs Schul- und Beamtenrecht“ für alle Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen an. Sehr viele Anmeldungen gingen dafür im Vorfeld ein. Eva Heuser, stellvertretende Vorsitzende des KV Mannheim, begrüßte die über 50 Interessenten und übergab anschließend das Wort an Michael Mercatoris, der den Crashkurs schon seit einigen Jahren leitet. In der etwa zweistündigen Veranstaltung wurden die wichtigsten Themenfelder nochmals besprochen und die reichlichen Fragen der Teilnehmer beantwortet. Außerdem wurden einige Fallbeispiele bearbeitet. Wir wünschen allen Teilnehmern und auch allen Lehramtsanwärtern, die leider nicht am Crashkurs teilnehmen konnten, viel Erfolg für die bevorstehenden Prüfungen.



Eva Heuser, stellv. Vorsitzende VBE Mannheim



Michael Mercatoris leitete den Crashkurs

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden Ulrich Diehl: ulrich.diehl@vbe-bw.de

KV Ortenau

Begrüßung der neuen Lehramtsanwärter/-innen am Seminar Offenburg

Am 1.2.2023 begrüßte der KV Ortenau die 99 Lehramtsanwärter/-innen am Seminar Offenburg und informierte über das Angebot des VBE. Am gut bestückten Stand mit allerlei Nützlichem für den Start in den Schulalltag, konnten die Anwärter/-innen sich außerdem auch gleich vor Ort an- beziehungsweise ummelden und nutzten dies auch gerne. Frei nach dem Motto: „... bin da, kann losgehen“, wünschen wir allen Anwärter/-innen einen tollen Start in die Ausbildung und viel Freude am Beruf. Auf diesem Weg bedanken wir uns bei der Seminarleitung Frau Kränkel-Schwarz für die gute Zusammenarbeit und freuen uns auf den nächsten Besuch.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden Michael Mai: Michael.G.Mai@t-online.de



Von links: Brigitte Veit, Dorothee Reuter, Bärbel Reismann, Marianne Markwardt, Katja Fox, Uli Grießer und Stefan Zeilfelder
Foto: Florian Fellhauer

KV Ostwürttemberg/Göppingen

Personalrätinnen und Personalräte beraten bei Telefonaktion

Schon vor dem eigentlichen Beginn der Telefonaktion klingelten am 14. Dezember die Telefone und die Expertinnen und Experten des VBE hatten zweieinhalb Stunden alle Hände voll zu tun. Anruferinnen und Anrufer aus ganz Baden-Württemberg baten um Beratung zu den Themen Versetzung, Abordnung, Teilzeitbeschäftigung und Teilzeit in Elternzeit. Aber auch Fragen zu Nebentätigkeit und Zuverdienst, Ansparung eines Freistellungsjahres und Antragsruhestand wurden immer wieder gestellt. Alle Ratsuchenden wurden von Isabell Blumenschein, Karin Jodl, und Susanne Krahn, Thomas Hieber und Thomas Frankenhauser ausführlich informiert. Die umfassenden Auskünfte waren den Kolleginnen und Kollegen eine wertvolle Hilfestellung im Hinblick auf die Beantragung der stellenwirksamen Änderungen, die direkt nach den Weihnachtsferien bei den Schulleitungen abgegeben werden mussten. Viele Nichtmitglieder bedankten sich sogar extra, dass auch sie die Möglichkeit erhalten hatten, ihre Fragen zu stellen.



V. li.: Susanne Krahn, Thomas Hieber, Isabell Blumenschein, Heiko Fähnle, Karin Jodl, Thomas Frankenhauser, Carmen Mackintosh

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: karin.jodl@vbe-bw.de

VBE und GEW zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Präventionsarbeit ausbauen, Demokratie schützen!

Anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus haben der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) der Opfer der menschenverachtenden Verbrechen der Nationalsozialisten gedacht. Die beiden größten Bildungsgewerkschaften des Landes mahnten zugleich, dass der zunehmend von Mangel geprägte Schulalltag Demokratiebildung allgemein, aber auch Projekte zur Prävention gegen Antisemitismus mehr und mehr erschweren. Hierzu Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE: „Wir leben in einer Zeit, die von sich überlagernden Krisen geprägt ist und das gesellschaftliche Miteinander auf eine harte Probe stellt. Wirft man den Blick in die Vergangenheit, wird klar, dass insbesondere Epochen wie diese ein Nährboden für Verschwörungstheorien und menschenfeindliche Narrative darstellen. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass rechte Gruppierungen Unsicherheiten und Angst in unserer Gesellschaft schüren und antisemitische Ressentiments verbreiten. Jede Demokratin und jeder Demokrat stehen in der Verantwortung, die Erinnerung an die unaussprechlichen Verbrechen des Nationalsozialismus zu bewahren und sich jeder Form von Antisemitismus entschieden entgegenzustellen. Nur so können wir unserer historischen Verantwortung nachkommen und sicherstellen, dass Geschichte sich nicht wiederholt.“



Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter aus Israel, Polen und Deutschland gedenken gemeinsam der Opfer des Nationalsozialismus

Die Vorsitzenden beider Gewerkschaften betonten den Wert, den Bildung in einer demokratischen Gesellschaft innehat und forderten die Politik dazu auf, Schule endlich so auszustatten, dass Schulleitungen und Lehrkräfte professionell arbeiten können. Dies sei Grundvoraussetzung für gelingende Bildung.

Vertreterinnen und Vertreter von Bildungsgewerkschaften aus Israel, Polen und Deutschland nahmen an der zentralen Gedenkveranstaltung zur Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau teil. Im Vorfeld des Gedenkens haben die anwesenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter einen Blick auf das Schicksal von Frauen und nicht-heteronormativen Menschen in Konzentrationslagern geworfen und sich zu vielen Aspekten der Vermittlung des Themenkomplexes in Schulen und Kitas ausgetauscht. Unter anderem war die Wissenschaftlerin Joanna Ostrowska zugeschaltet und hat von den Hindernissen berichtet, mit denen sie im Laufe ihres Forschungsprozesses konfrontiert war. Diese haben sie schlussendlich dazu gezwungen, aus Polen zu emigrieren.



Bundesinnenministerin Nancy Faeser

Die Rolle des Staates in Zeiten der Krise: dbb Jahrestagung 2023

Die multiple Krise mit ihren komplexen Herausforderungen setzte den Rahmen der Jahrestagung von dbb beamtenbund und tarifunion, die am 09. und 10. Januar 2023 in Köln stattfand. Im Mittelpunkt stand die Frage: Was braucht es, um den öffentlichen Dienst als wichtigen Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung resilienter, zukunftsfester und attraktiver zu gestalten, um zur nachhaltigen Bewältigung aktueller und künftiger Herausforderungen beizutragen? Zu dieser Frage diskutierten Gäste aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft mit den Teilnehmenden. Der VBE, größte Fachgewerkschaft im Dachverband dbb, war über seine Delegierten in den verschiedenen dbb-Gremien aktiv vertreten.

Der Bundesvorsitzende des dbb, Ulrich Silberbach, forderte unter anderem: „Wir müssen raus aus dem Krisenmodus. Die größte Gefahr für die Demokratie, für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens und auch für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand ist ein kaputt gesparter, nicht funktionsfähiger öffentlicher Dienst“, es brauche „Tatendrang, mehr Personal, attraktive Beschäftigungsbedingungen, Digitalisierung“. Insbesondere in Richtung der anwesenden Bundesinnenministerin Nancy Faeser sagte er: „Legen Sie endlich los! Land, Leute und Wirtschaft warten. Und diese Warterei kostet Nerven, Vertrauen und viel Geld“.

Faeser ihrerseits würdigte die außergewöhnlichen Leistungen des öffentlichen Dienstes. Unter anderem betonte sie, das Thema Fachkräftegewinnung müsse und werde intensiviert und verbessert. Hinsichtlich der Gestaltung attraktiverer Arbeitsbedingungen versprach die Bundesinnenministerin, die Einkommensrunde für Bund und Kommunen in den Blick nehmend: „Wir werden zu einer tragfähigen Lösung kommen.“ In weiteren Impulsen und Diskussionen mit renommierten Expertinnen und Experten standen unter anderem die Bedeutung des öffentlichen Dienstes als Stabilisator für gesellschaftlichen Zusammenhalt, das Thema Fachkräftegewinnung und der Beitrag des öffentlichen Dienstes auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit im Fokus. Ausführliche Berichte zu den Programmpunkten der dbb Jahrestagung finden Sie hier: <https://kurzelinks.de/dbb-jahrestagung>

KMK-Präsidentin: Aus Berlin für den Ganztagsausbau

Ein weibliches Führungstrio leitet die Geschicke der Kultusministerkonferenz (KMK) im Jahr 2023. Astrid-Sabine Busse, Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, folgt im Amt der KMK-Präsidentin auf die Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Karin Prien, die nun 2. Vizepräsidentin ist. Zur 1. Vizepräsidentin wird Ministerin Christine Streichert-Clivot aus dem Saarland, welche im nächsten Jahr den Vorsitz übernimmt.



KMK-Generalsekretär Udo Michalik gratuliert Senatorin Astrid-Sabine Busse

Das Präsidenschaftsjahr hat das Schwerpunktthema „Qualitative Weiterentwicklung der Ganztagschule in der Primarstufe“. Doch auch weiteren Themen wird sich die Senatorin widmen müssen. Allem voran drängt der Lehrkräftemangel und überlagert sämtliche reformpädagogische Bemühungen. Der Bundesvorsitzende des VBE, Gerhard Brand, wünschte ihr in einem Gratulationsschreiben Erfolg und appellierte an ihre Erfahrung als Schulleiterin. Sie wisse aus eigener Erfahrung, wie wichtig die Qualifikation von Lehrkräften sei. Demnach erwarte er, dass sie allen Ideen, die einer Deprofessionalisierung gleichkommen, eine Absage erteilt.

Vorschläge aus dem Märchenland der Bildungsromantik

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK), das beratende wissenschaftliche Gremium der Kultusministerkonferenz, hat Ende Januar Empfehlungen zum Umgang mit dem Lehrkräftemangel vorgelegt. Der VBE Bundesvorsitzende, Gerhard Brand, fand deutliche Worte bei seiner Einordnung der vorgeschlagenen Maßnahmen: „Allen, die mit der Hoffnung auf Besserung seit Monaten und Jahren bis an die Grenzen der Belastbarkeit und darüber hinaus arbeiten, wird jede Vision geraubt. Es wird nicht besser, es wird nur immer schlimmer. Größere Klassen, mehr unterrichten, länger unterrichten: So stellt sich die KMK die Lösung des Lehrkräftemangels vor. Mit diesen Maßnahmen wird das Versagen der Politik auf dem Rücken der Lehrkräfte ausgetragen. Dem erteilen wir eine klare Absage!“

Die SWK hatte unter anderem vorgeschlagen, dass der Antrag auf Teilzeit-Arbeit gut begründet werden müsse, die Altersreduktion ausgesetzt werden solle oder die Klassenteiler angepasst werden könnten. Auch Hybridunterricht und mehr Selbstlernzeit in der Oberstufe waren Vorschläge. „Es ist ein Irrglaube, die Beziehungsebene zur Lehrkraft durch eine Videoleinwand ersetzen zu können. Es ist ebenso ein Irrglaube zu denken, dass Schülerinnen und Schüler ohne Anwesenheit der Lehrkraft brav auf ihren Stühlen sitzen und auf Beschulung warten. Das ist eine Vorstellung aus dem Märchenland der Bildungsromantik“, so Brand.

Zwar wurden auch Entlastungen für Lehrkräfte vorgeschlagen, doch nach Einschätzung des VBE zu wenige und nicht unter Beachtung des Alltags an Schulen, wenn zum Beispiel Fortbildungen zu Mental Health angeboten werden sollen. Der VBE Bundesvorsitzende kommentiert: „Viele Lehrkräfte können schon lange keine Fortbildung mehr wahrnehmen. Zu sehr werden sie an der Schule gebraucht, zu groß das Loch, welches durch ein Fehlen der Lehrkraft entsteht. In der Realität wird es daher so laufen: Die Belastungen für Lehrkräfte werden hingenommen, die Entlastungen können nicht umgesetzt werden. Statt das Berufsfeld endlich attraktiver zu gestalten, werden also die Bedingungen zuungunsten der Beschäftigten verändert.“

Alle Empfehlungen können Sie hier nachlesen: <https://kurzelinks.de/swk-mangel>



VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE



Beitragstabelle

Gültig ab 1. April 2023

Einzugstermine für die Mitgliedsbeiträge in 2023

Bei jährlicher
Zahlungsweise:
03.07.2023

Bei halbjährlicher
Zahlungsweise:
13.01.2023 **und**
03.07.2023

Bei vierteljährlicher
Zahlungsweise:
11.01.2020
01.04.2020
01.07.2020 **und**
01.10.2020

Die Beiträge werden
mittels des SEPA-Basis-
Lastschriftverfahrens von
Ihrem Konto eingezogen.

Änderungen jeglicher
Art (zum Beispiel im
Deputat) sind der
VBE-Landesgeschäftsstelle
bitte baldmöglichst
mitzuteilen.

Sie haben Fragen?
Sie erreichen uns
unter 0711-2293146
oder senden Sie
eine E-Mail an
vbe@vbe-bw.de

	Monatsbeitrag
Lehrer/-in ab BesGr A 12 / ab TV-L E 13	
mit mehr als 3/4 Deputat	27,00 €
mit 1/2 bis 3/4 Deputat	20,00 €
vollbeschäftigt a. D.	13,00 €
mit 1/2 bis 3/4 Deputat a. D.	8,00 €
Anwärterin/Anwärter	3,90 €
Lehrer/-in und Fachlehrer/-in ab BesGr A 9 / ab TV-L E 9	
Lehrer/-in ab TV-L E 9 mit mehr als 3/4 Deputat	20,00 €
Lehrer/-in ab TV-L E 9 mit 1/2 bis 3/4 Deputat	18,00 €
Fachlehrer/-in ab BesGr A 9 mit mehr als 3/4 Deputat	20,00 €
Fachlehrer/-in ab BesGr A 9 mit 1/2 bis 3/4 Deputat	13,00 €
Fachlehrer/-in ab TV-L E 9 mit mehr als 3/4 Deputat	18,00 €
Fachlehrer/-in ab TV-L E 9 mit 1/2 bis 3/4 Deputat	11,00 €
Fachlehrer/-in vollbeschäftigt a. D.	8,00 €
Fachlehrer/-in 1/2 bis 3/4 Deputat a. D.	5,00 €
Fachlehrer-Anwärter/-in	3,90 €
Pädagogische Assistentin/Pädagogischer Assistent	3,90 €
Religionslehrer/-in im Kirchendienst	
mit mehr als 3/4 Deputat	18,00 €
mit bis zu 3/4 Deputat	13,00 €
vollbeschäftigt a. D.	8,00 €
mit 1/2 bis 3/4 Deputat a. D.	5,00 €
mit weniger als 1/2 Deputat	8,00 €
mit weniger als 1/2 Deputat a. D.	5,00 €
Anwärter/Anwärterin	3,90 €
Religionslehrer/-in mit 2 bis 4 Stunden	1,50 €
Erzieher/-in	
mit mehr als 3/4 Deputat	13,00 €
mit 1/2 bis 3/4 Deputat	8,00 €
vollbeschäftigt a. D.	5,00 €
mit 1/2 bis 3/4 Deputat a. D.	5,00 €
im Anerkennungsjahr	3,90 €
Verwaltungsangestellte/-r	
mit mehr als 3/4 Deputat bis vollbeschäftigt	13,00 €
mit 1/2 bis 3/4 Deputat	5,00 €
vollbeschäftigt a. D.	5,00 €
mit 1/2 bis 3/4 Deputat a. D.	5,00 €
Lehrer/-in und Nebenlehrer/-in in TV-L / LBesG 1 0	
bis 13 Stunden	11,00 €
10 bis 13 Stunden a. D.	5,00 €
mit weniger als 10 Stunden	8,00 €
TV-L mit weniger als 10 Stunden	5,00 €
Schulaufsichtsbeamter/-beamtin	
Schulaufsichtsbeamter/-beamtin	27,00 €
Schulaufsichtsbeamter/-beamtin a. D.	13,00 €
Seminarschulrat/-rätin	
Seminarschulrat/-rätin	27,00 €
Seminarschulrat/-rätin a. D.	13,00 €
Personen in Elternzeit	8,00 €
Personen in Beurlaubung	11,00 €
Arbeitslose Lehrerin/arbeitsloser Lehrer	1,50 €
Ruhende Mitgliedschaft (auf Antrag)	-,- €
Student/-in	-,- €

Veranstaltungen der VBE Kreisverbände

Wer?	Wann?	Wo?	Was?
KV Villingen-Schwenningen/ Rottweil	07.03.2023 Dienstag ab 10.00 Uhr	Bildungsmesse didacta Stuttgart	Der VBE lädt ein die Bildungsmesse didacta in Stuttgart zu besuchen. Buszeiten: 10.00 Uhr Donaueschingen (Donauhalle), 10.20 Uhr Schwenningen (Messe), 10.40 Uhr Rottweil (Stadthalle). Anmelden bei: ulrike.denzel@vbe-bw.de
KV Ortenau	07.03.2023 Dienstag ab 10.00 Uhr	Bildungsmesse didacta Stuttgart	Der VBE lädt ein die Bildungsmesse didacta in Stuttgart zu besuchen. Buszeiten: 10.00 Uhr Lahr, 10.30 Uhr Offenburg, 10.50 Uhr Appenweier, 11.00 Uhr Achern. Anmelden und Infos bei: sabrina.schneider@gmx.de (07824-663833)
KV Lörrach/ Waldshut	09.03.2023 Donnerstag 16.00 Uhr	ONLINE	Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld(plus). Online-Informationsveranstaltung. Anmelden bei: felicitas.adlung@vbe-bw.de
KV Neckar-Odenwald	11.03.2023 Samstag 10.00-14.00 Uhr	Schulturnhalle Elztalschule Dallau	Selbstverteidigungskurs. Anmeldungen an Oliver Scheicher: oliver.scheicher@vbe-bw.de
KV Villingen-Schwenningen/ Rottweil	15.03.2023 Mittwoch 16.30 - 18.00 Uhr	Yoga-Muschel Oberer Dammweg 4 Villingen	Sanfter Hatha-Yoga – mit Yoga aktiv und beweglich bleiben. Schnupperstunde für Menschen ab 50 zum Kennenlernen oder Wiedereinstieg. Nichtmitglieder: 5 €. Anmelden bei: baerbel.reismann@vbe-bw.de (07721-28536)
KV Freiburg	16.03.2023 Donnerstag 16.00 - 18.00 Uhr	Telefonsprechstunde	Fragen zu Pensionierung, Ruhegehalt, Rente, Teilzeit, Nebentätigkeit ... Es berät Sie Franz Wintermantel: Telefon 07662-947115
KV Villingen-Schwenningen/ Rottweil	22.03.2023 Mittwoch 17.00 Uhr	Hotel Hirt Oberhofenstraße 5 Deißlingen	Kegeln mit dem VBE. Der Kreisverband lädt ein zur gemütlichen Kegelrunde. Teilnahme ist kostenlos. Anmelden bei ulrike.denzel@vbe-bw.de
KV Ravensburg/ Bodensee	22.03.2023 Mittwoch 14.30 Uhr	GS Unterankenreute Friedhofstraße 10 88281 Schlier	Trommelkurs. Wie setzt man Trommeln in der Schule ein, wie begleitet man Lieder. Mit dem Musiker Peter Krämer. Mitglieder kostenfrei, Nichtmitglieder bezahlen 5 Euro. Anmelden bei: anja.schatz@vbe-bw.de
KV Lörrach/ Waldshut	23.03.2023 Donnerstag 17.30 - 19.00 Uhr		Besuch der israelitischen Gemeinde Lörrach. Anmeldung an Bernhard Rimmele: bernhard.rimmele@vbe-bw.de
KV Karlsruhe	28.03.2023 Dienstag 18.00 Uhr	Brauhaus 2.0 Egon-Eiermann-Allee 8 76187 Karlsruhe	Stammtisch. Die Halbjahresinfos sind ausgegeben, auch die Schulanmeldungen sind vorbei, nun ist Zeit für ein gemütliches Beisammensein und gegenseitigem Austausch.
KV Ostwürttemberg/ Göppingen	29.03.2023 Mittwoch 14.00 - 15.30 Uhr	Papierfabrik Palm Palm Allee 1 73432 Aalen	Führung durch die Papierfabrik Palm, einer der modernsten weltweit. Anschließend gemütlicher Abschluss im Naturfreundehaus Unterkochen. Anmelden bis 24.03. bei: gabriele.tetzner@vbe-bw.de
KV Konstanz/ Tuttlingen	30.03.2023 Donnerstag 16.30 - 18.00 Uhr	GWRS Teggingerschule Radolfzell	Fragen zu Pensionierung, Ruhegehalt, Rente, Teilzeit, Nebentätigkeit ... Referent Franz Wintermantel, Referentin: Silke Lienhart. Anmelden bis 27.03. bei: silke.lienhart@gmx.de
KV Lörrach/ Waldshut	31.03.2023 Freitag 15.00 Uhr	Waldshut-Tiengen	Klasse(n)Ziele: Stadtrallye Waldshut-Tiengen. Anmelden bei Eva Schnitzer: eva.schnitzer@vbe-bw.de
KV Freiburg	13.04.2023 Donnerstag 18.00 Uhr	ONLINE	Online-Escape-Game: Die Entfällung. Sei Teil eines Ermittlerteams und lüfte das Geheimnis um ein verschwundenes Gemälde. Online-Veranstaltung über Jitsi. Anmelden bei Ramona Lais: ramona.lais@vbe-bw.de
KV Neckar-Odenwald	18.04.2023 Dienstag 15.00 Uhr	Weiherstraße 12 74731 Walldürn- Gottersdorf	Ein Besuch im Freilandmuseum. Anmeldungen an Magnus Brünner: magnus.brueenner@vbe-bw.de
KV Ulm/Alb-Donau KV Biberach	19.04.2023 Mittwoch 14.30 Uhr	Treffpunkt: Parkplatz Burrenwald Biberach	Wald tut gut! Lehrreich – wohltuend – unterhaltsam. Zweistündige Waldführung mit Wald-und Naturpädagogin Rainer Schall. Bitte anmelden bis 4. April bei: rosemarie.mohr@vbe-bw.de
KV Ravensburg/ Bodensee	19.04.2023 Mittwoch 14.30 Uhr	GS Blitzenreute Bauhofstraße 41 88273 Fronreute	Einfaches Programmieren. Programmieren fördert die logische Vorstellungskraft das räumliche und das kreative Denkvermögen. Mit Birgit Klatt, Multi-medialeraterin. Anmelden bei: anja.schatz@vbe-bw.de
KV Freiburg	20.04.2023 Donnerstag 16.00 - 17.30 Uhr	Telefonsprechstunde	Telefonsprechstunde zu den Themen: Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld(plus) ... Es berät Sie am Telefon Nicole Bündtner-Meyer: 0161-53331
KV Ortenau	20.04.2023 Donnerstag 16.00 Uhr		Veranstaltung der Pensionäre: Traditioneller Spaziergang mit anschließendem Stammtisch im Rebstock Münchweier. Anmelden bei Franz-J. Gieringer: 07824-2123 oder bei Karl Kopp: 0761-8866019
KV Konstanz/ Tuttlingen	25.04.2023 Dienstag 15.00 - 17.00 Uhr	GWRS Teggingerschule Radolfzell	„Edelsteine im Alltag finden“ durch kreatives Schreiben. Workshop mit Schreibcoachin Antje Tresp-Welte. Für Mitglieder kostenlos. Nichtmitglieder 5 Euro. Anmelden bei: silke.lienhart@gmx.de
KV Villingen-Schwenningen/ Rottweil	25.04.2023 Dienstag 17.00 Uhr	ONLINE	Ihr Wissen – Ihr Vorteil! Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld ... Wir beantworten Ihre Fragen rund um diese Themen. Referenten: Marianne Markwardt, Stefan Zeilfelder. Anmelden bei: stefan.zeilfelder@vbe-bw.de



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband
Baden-Württemberg e. V.

Anmeldung und Information bei:

Annika Jung
Referentin Fortbildung und Medien
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

E-Mail: annika.jung@vbe-bw.de
Telefon: 0711 229314-81

Fortbildungen des VBE Baden-Württemberg



Schwierige Klassen angenehmer machen

„Wie soll ich das alles auch noch machen“, fragen sich manche Lehrkräfte angesichts wachsender Aufgabenfülle in der Klassenleitung. Das Seminar zeigt die zentrale Bedeutung eines gelingenden Gruppenprozesses in der Klasse für alle Bereiche von Schule auf. Sie erleben, wie die Unterstützung förderlicher Gruppenprozesse Motor für Lernprozesse werden und den Zeitbedarf für alle „zusätzlichen“ Aufgaben in der Klasse verringern kann. Sie erlernen Handwerkszeug für eine Begleitung der Klasse auf dem Weg zu einer guten und lernförderlichen Gemeinschaft in den Phasen Orientierung, Regelbildung, Klärung von Störungen. Fortbil-

dungsinhalte: Förderung einer gezielten Gruppenentwicklung, Regelbildung/Selbststeuerung, Konfliktmanagement, Rolle der Klassenlehrkraft, Entlastungsmöglichkeiten für die Klassenlehrkraft

09.-10. März 2023, Donnerstag 9:30-18:00, Freitag 9:00-15:30 Uhr
Holiday Inn, Klinikstraße 3/1, 78052 Villingen-Schwenningen



Live-Online-Seminar:

Aufsichtspflicht und Haftung in der Kita – Risiken erkennen und minimieren

Ein zentrales Thema rechtlicher Erwägungen im Kita-Alltag ist die so genannte Aufsichtspflicht. Es liegt für alle Akteure im Kita-Alltag auf der Hand, dass sie besteht, Unsicherheit erwächst aber daraus, dass zu wenig über ihre rechtlichen Hintergründe, den Umfang und die Grenzen der Aufsichtspflicht sowie die Folgen von Aufsichtspflichtverletzungen bekannt ist. Im

Seminar werden diese Fragen angesprochen, in verständlicher Form Rechtsinformationen aufbereitet und anhand von Fragestellungen aus dem Kita-Alltag Handlungstipps gegeben, wie mit den Herausforderungen der Aufsichtspflicht umgegangen werden kann. Das Seminar bietet die Möglichkeit zu einem Erfahrungsaustausch, um mit den rechtlichen Rahmenbedingungen in der Praxis gut umgehen zu können.

16. März 2023, Donnerstag, 13:30-17:00 Uhr (20 Minuten Pause eingeplant)

Videokonferenz-System: Zoom. Sie erhalten vorab einen Link mit dem Zugang.



Teambuilding mit dem lösungsorientierten Fokus

In dieser praxisorientierten Fortbildung soll der Blick auf Gelingensfaktoren für eine funktionierende Teamarbeit gerichtet werden. Dabei wollen wir den lösungsorientierten Ansatz (nach Steve de Shazer, Insoo Kim Berg) kennenlernen, erfahrbar machen und reflektieren. Die Elemente aus dem lösungsorientierten Denken und Handeln werden auf Teamprozesse angelegt. Mögliche Schwierigkeiten oder Stolpersteine werden als Chance für eine Veränderung angenommen und mit einer Zielperspektive in eine Weiterentwicklung überführt. Die Teilnehmer/-innen erwerben Wissen und Werkzeuge

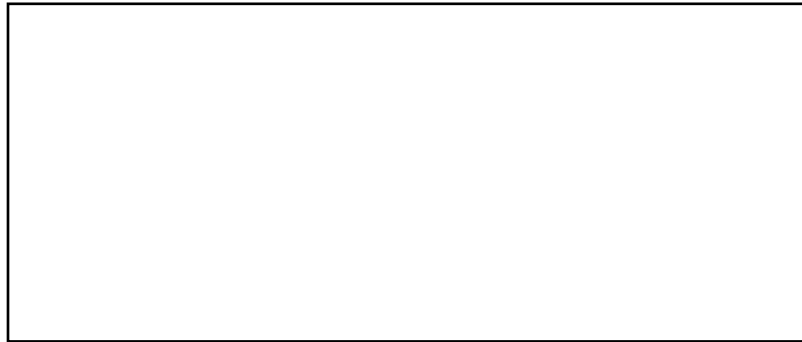
sowie Handlungskompetenzen für das Finden bzw. Überprüfen ihres eigenen Teamverständnisses.

23.-24. März 2023, Donnerstag 9:30-18:30, Freitag 9:30-15:30 Uhr

Parkhotel Jordanbad, Raum Sonneneck, Im Jordanbad 7, 88400 Biberach a.d.R.

**Weitere Informationen und Anmeldung zu allen
Veranstaltungen unter: www.vbe-bw.de/veranstaltungen/**

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
LV Baden-Württemberg
Heilbronner Straße 41 • 70191 Stuttgart
E-Mail: vbe@vbe-bw.de



didacta
die Bildungsmesse

7. – 11. März 2023
Messe Stuttgart

**Der VBE
ist bei der
didacta 2023**



**Besuchen Sie uns:
Halle 3 / Stand D51**